

Kooperation für den Frieden: Friedenspolitische Themen im Bundestagswahlkampf

Fragen an potentielle Abgeordnete

Der Kooperationsrat der »Kooperation für den Frieden« hat sich in einem Brief an die Mitgliedsorganisationen gewandt, um Kandidatinnen und Kandidaten der verschiedenen Parteien für ein Bundestagsmandat in den Diskussionen mit friedenspolitischen Kernforderungen zu konfrontieren. Der Bundesausschuss hat beschlossen, diese Initiative zu unterstützen. Der Brief im Wortlaut:

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, am 24. September wird der nächste deutsche Bundestag gewählt.

Vielfältige politische Entscheidungen über Krieg und Frieden, über Aufrüstung sowie innere und äußere Militarisierung sind in der nächsten Parlamentsperiode zu erwarten. Deshalb sollten wir – und deswegen wenden wir uns direkt an euch als Mitgliedsorganisationen der »Kooperation für den Frieden« – es nicht versäumen, die Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien mit unseren friedenspolitischen Kernforderungen zu konfrontieren. Dies soll einerseits zeigen, es gibt ein gesellschaftliches Interesse an diesen Fragestellungen und

andererseits sicher auch eine Entscheidung favorisieren, die wir in dem Satz zusammenfassen wollen: Lasst uns mitwirken, dass »mehr Frieden und Abrüstung« im Parlament vertreten ist.

Was sind nun die Kernforderungen? Jede Initiative sollte diese sicher von ihrem eigenen Aktionsschwerpunkt her für sich bestimmen. Darüber hinaus haben wir diese in den friedenspolitischen Alternativen der Kooperation zusammengefasst.

Folgende Themen sollten in den Diskussionen mit den potentiellen Abgeordneten eine wichtige Rolle spielen:

- Wenden Sie sich gegen jede weitere Erhöhung des Rüstungsetats,

lehnen Sie entsprechend die Zwei-Prozent-Anforderung der NATO zur Erhöhung des Bundesetats für »Verteidigung« ab? Sind stattdessen von Ihnen Initiativen zur Abrüstung, z. B. zehn Prozent Rüstung runter für Entwicklung, zu erwarten?

- Werden Sie sich einsetzen für einen Stopp jeglichen Rüstungsexports? Rüstungsexporte aus Deutschland töten täglich an vielen Kriegs- und Konfliktschauplätzen der Welt.
- Unterstützen Sie die Vision einer Welt ohne Atomwaffen und fordern Sie deswegen mit uns den Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel? Aus aktuellen Gründen scheint uns auch die Unterstützung des »Verbotsvertrags« (BanTreaty) für alle Atomwaffen besonders wichtig.
- Wenden Sie sich gegen jeglichen Auslandseinsatz Deutschlands und unterstützen Sie unsere Forderung nach der Beendigung bestehender Interventionseinsätze?

- Machen Sie sich die Grundgedanken der »zivilen Konfliktbearbeitung« zu eigen, d. h. sehen Sie wie wir die Notwendigkeit und die Möglichkeit, bestehende Konflikte friedlich und zivil zu lösen?

Wir möchten anregen, sucht bitte für die Diskussion dieser friedenspolitischen Forderungen an die neuen Abgeordneten den Kontakt zu diesen und bereitet Veranstaltungen, Foren, Befragungen vor.

Wir hoffen, dass diese Anregungen vielfältige Diskussionen ermöglichen werden und mehr Abgeordnete in den deutschen Bundestag gelangen, die sich den Forderungen aus der Friedensbewegung verbunden fühlen.

Mit friedlichen Grüßen, die Sprecherin und Sprecher der Kooperation für den Frieden Wiltrud Rösch-Metzler, Pascal Luig, Torsten Schleipp und Jens-Peter Steffen

5.000 Stammtischkämpferinnen und -kämpfer gegen Rassismus

Wahlkampfendspurt

Bis zur Bundestagswahl hat sich das Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« zum Ziel gesetzt, 10.000 Stammtischkämpferinnen und Stammtischkämpfer auszubilden, die in Alltagssituationen mutig und schlagfertig rassistische Sprüche kontern. Drei Monate vor der Bundestagswahl ist die Hälfte geschafft.

»In der Diskussion mit Arbeitskollegen, dem Gespräch mit der Tante oder beim Grillen mit dem Sportverein fallen Sprüche gegen Flüchtlinge, Muslime oder Ausländer, die die Sprache verschlagen. Eine treffende Antwort fällt in dem Moment aber nicht ein, man will keine große Debatte anfangen oder traut sich gegenüber einer schweigenden Menschenmenge nicht, darauf zu reagieren. Später ärgert man sich und denkt, da hätte man gern den Mund aufgemacht, widersprochen, die rechten Parolen nicht einfach so stehen lassen.« – An dieser Stelle setzen die »Stammtischkämpfer*innen-Seminare« des Bündnisses »Aufstehen

gegen Rassismus« an: Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende und andere Interessierte werden darin befähigt, Position zu beziehen und Rassismus im Alltag nicht unbeantwortet stehen zu lassen.

Innerhalb weniger Monate haben sich 340 Freiwillige zu Teamerinnen und Teamern ausbilden lassen, die in der Bundesrepublik bis zum Juni 2017 bereits die Hälfte der angepeilten 10.000 Stammtischkämpferinnen und -kämpfer ausgebildet haben. Vier Seminare finden jede Woche im Durchschnitt statt – viele davon in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Jugendorganisationen und Nachbarschaftsinitiativen.

Damit es für die frisch Ausgebildeten nicht bei einem Seminar bleibt, gibt es ein breites Angebot an Aktivitäten. Das Ziel lautet, sich der AfD und ihrem Rassismus entgegenzustellen, wo immer sie im Wahlkampf auftauchen.

Die »Aufstehen-gegen-Rassismus«-Aktionskits enthalten in einem Turnbeutel mit einem Aufdruck gegen rechte Hetze alles, was Aktivistinnen und Aktivisten brauchen könnten, um einen Wahlkampfstand der AfD zu behindern: Absperrband, Trillerpfeifen, Müllsäcke, um Passanten direkt die »fachgerechte Entsorgung rechter Hetze« anzubieten, Aufklärungsflugblätter mit Argumenten gegen die AfD, Aufkleber und Plakate. 1.000 dieser Aktionskits sind be-

reits bei den Landtagswahlkämpfen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein zum Einsatz gekommen. Dort beschwerte sich die AfD anschließend, dass sie 80 Prozent ihrer Veranstaltungen und Stände nicht wie geplant durchführen konnte.

Bis zu den Bundestagswahlen am 24. September soll nun der Rest der Bundesrepublik nachziehen. »Aufstehen gegen Rassismus« hat in diesem Sinne bereits 1,2 Millionen Flugblätter, Aufkleber und Plakate an rund 2.000 lokale Bündnisse, Gruppen, Aktivistinnen und Aktivisten versendet.

Das Material kann kostenlos oder gegen Spende auf der Internetseite des Bündnisses bestellt werden: www.aufstehen-gegen-rassismus.de. Für die weitere Finanzierung sind Spenden jederzeit willkommen.

RASSISTISCH, FRAUENFEINDLICH, UNSOZIAL UND UNDEMOKRATISCH



25. Antifa-Fahrt des Thüringer VdN-BdA anlässlich des 72. Jahrestages der Befreiung

Zum 8. Mai in Nordfriesland und Dänemark

Seit einem Vierteljahrhundert organisiert Elke Pudszuhn, Vorsitzende unseres Thüringer Landesverbandes VdN-BdA, Fahrten zu Städten, die an faschistischen Terror und Widerstand erinnern. Unter dem Motto »Erinnern, Gedenken, Mahnen« besuchten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen in 25 Jahren eine Vielzahl von Gedenkstätten in Deutschland und einigen Ländern Europas. In diesem Jahr führte uns der Weg nach Nordfriesland und Dänemark. Prof. Heinrich Fink, VVN-BdA-Ehrenvorsitzender, begleitete uns auch diesmal.

Erste Station war das ehemalige KZ-Außenlager Husum-Schwesing, ein Außenlager des KZ Neuengamme, in dem vom 26. September bis zum 29. Dezember 1944 2.500 Häftlinge aus 14 Ländern am sogenannten Friesenwall unter unsäglichen Bedingungen schufteten mussten. Es war das Lager mit der höchsten Todesrate, bezogen auf die Zahl der dort inhaftierten Häftlinge. Sie starben infolge von Zwangsarbeit, Unterernährung und Misshandlung. Für 297 namentlich bekannte Opfer wurden Gedenkstelen errichtet. Rolf Burgard und Kameraden der VVN-BdA Nordfriesland erläuterten uns das dort Geschehene und die Mühen, diese Stätte zu gestalten und zu erhalten. Am folgenden Tag besuchten wir das Internierungslager Frøslev in Dänemark. Anne und Ludwig Hecker von der Kreisvereinigung Flensburg berichteten uns auf dem Weg dorthin über ihre

Zusammenarbeit mit der Nationalen Gedenkstätte Dänemarks in Frøslev.

Es war ein Internierungslager für dänische Gefangene von SS und Gestapo nach der faschistischen deutschen Besetzung Dänemarks. Von 13. August 1944 bis 5. April 1945 durchliefen das ständig überfüllte Lager mindestens 12.000 Menschen. Angst vor Deportation war ihr ständiger Begleiter. 1.625 von ihnen wurden in deutsche Konzentrationslager überführt, unter ihnen viele dänische Polizisten, die im September 1944 in das KZ Buchenwald eingeliefert wurden. 220 von ihnen kamen dort zu Tode. Das Mahnmal am Grenzbahnhof Harrislee erinnert an die Deportation aus Frøslev. Es wurde von Schülern der Duborg-

Skolen gestaltet. Auch hier, wie an den anderen Gedenkstätten, legte unsere Gruppe ein Blumengebilde nieder und gedachte der Opfer in einer Schweigeminute.

In Flensburg erinnern wir uns am Denkmal für die Deserteure an den Mut der Soldaten, die Schluss sagten zu dem Morden. »...für Menschen, die sich nicht missbrauchen ließen für einen verbrecherischen Krieg«, steht



Kameradinnen und Kameraden der VVN-BdA aus Elmshorn und ihre Thüringer Gäste auf dem antifaschistischen Stadtrundgang zum 8. Mai. Foto: Jürgen Brüggemann

auf dem Gedenkstein. Ein mutiges Denkmal, eingeweiht vor drei Jahren. VVN-BdA-Landesvorsitzender Jürgen Brüggemann und Ludwig Hecker führten uns auf einem antifaschistischen Stadtrundgang.

Auf Helgoland erfuhren wir etwas über eine Widerstandsgruppe, die

die sinnlose Zerstörung der Insel am Ende des Krieges verhindern wollte. Die Gruppe wurde jedoch von zwei Mitgliedern verraten. Etwa zwanzig Männer wurden am 18. April 1945 auf der Insel verhaftet, vierzehn von ihnen nach Cuxhaven gebracht. Nach einem Schnellverfahren wurden fünf der Widerständler am Abend des 21. April 1945, kurz vor der Befreiung, auf dem Schießplatz Cuxhaven-Sahlenburg erschossen. Heute erinnern Stolpersteine an sie.

Am Vorabend des Tages der Befreiung fuhren wir nach Elmshorn. Auch dort hatten wir wieder herzliche Begegnungen mit Kameraden der VVN-BdA. Während eines Stadtrundgangs berichteten sie vom Kampf der Elmshorner in der Nacht des Faschismus. An der ehemaligen Synagoge sprach eine Zeitzeugin über ihre rassistische

Verfolgung, am ehemaligen Gewerkschaftshaus erfuhren wir viel über den Arbeiterwiderstand. Als die Befreiung nahte, handelten Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter gemeinsam und bildeten am 3. Mai 1945 einen antifaschistischen Ordnungsdienst, der maßgeblich die Selbstbefreiung Elmshorns organisierte und die Stadt bis zum Einmarsch der Briten sicherte. So verhinderten sie den Tod vieler Zivilisten und die totale Zerstörung der Stadt. Gemeinsam bauten sie für eine kurze Zeit basisdemokratische Strukturen auf. Mit dem Eintreffen des britischen Militärs wurde dieser Keim einer echten Demokratie jedoch zertreten, und viele der Akteure wurden verfolgt.

An der Gedenktafel am Rathaus erinnerten zwei junge Antifaschistinnen an Leben und Tod des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Reinhold Jürgensen. Gemeinsam sangen wir das Moorsoldatenlied. Unser Dank gilt den Kameradinnen und Kameraden der VVN-BdA Schleswig-Holstein, die die Reise mit vorbereiteten und gestalteten. Es war wieder eine gelungene Komposition, wie Heiner Fink zum Abschied in Elmshorn, im Namen aller dankend, sagte.

J. Powollik, Basisgruppe Saalfeld-Rudolstadt des TVVdN-BdA

Bremen: Straßenschild für Willy Meyer-Buer Unkenntlich gemacht

Am 26. Juni wurde der Namenszug auf dem Straßenschild Meyer-Buer-Weg am Ostertorsteinweg Richtung Wallanlagen in Bremen mit blauer Farbe unkenntlich gemacht.

Der Weg wurde am 25. September 2014 vom Beirat Mitte auf Antrag unserer Landesvereinigung benannt, das Straßenschild von Rechtsanwalt Dr. Heinrich Hannover mit einer feierlichen Ansprache enthüllt. Willy Meyer-Buer, Gründungsmitglied unserer Landesvereinigung, war ein Jahrzehnt Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft und Fraktionsvorsitzender der KPD. Er hatte eine lange Verfolgungsgeschichte während des Nationalsozialismus, acht Jahre Haft- und KZ-Zeiten in Sachsenhausen verbringen müssen,

infolge derer er schwerbehindert war. Zeugen ganz unterschiedlicher Lebensanschauungen haben im Prozess seinen Mut hervorgehoben, mit dem er trotz der Folgen seiner Misshandlungen mehrfach Menschen das Leben rettete, nach einem Bombenangriff August 1944 drei Menschen aus dem brennenden Haus der Firma Grüttert rettete und dabei selbst schwerste Verbrennungen riskierte, den Ort Hände vor der Beschießung durch britische Truppen bewahrte, als er mit einer weißen Fahne den

Engländern entgegenlief. Ungeachtet seiner bewundernswürdigen persönlichen Haltung wurde er nach dem KPD-Verbot wegen Einzelkandidatur zum Bundestag 1963 erneut verurteilt. Es ist nicht nachvollziehbar, aus welcher Denkhaltung das Andenken Willi Meyer-Buers durch Unkenntlichmachung seines Namens abgetan werden kann. Es bedarf wohl eines Vorsatzes, um den Namen einfach auszuradiieren, wie es das übermalte Straßenschild deutlich werden lässt. Unsere Landesvereinigung hat bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen Unbekannt erstattet wegen Sachbeschädigung und Verunglimpfung des Andenkens an Verstorbene. Frau Jagemann (Ortsamt Mitte) hat uns inzwischen darüber informiert, dass sie die Straßenerhaltung davon in Kenntnis gesetzt hat. Raimund Gaebelein

Nach dem Rechtsschwenk an Rhein, Lippe und Ruhr antifaschistische Gemeinsamkeit schaffen

Erklärung der VVN-BdA zu den Wahlen

»Der Rechtsruck der Mitte ist vollzogen: Man hofft darauf, die großen Probleme wieder außer Landes zu halten. Inzwischen sind alle ein bisschen AfD. Nach der Niederlage in NRW war es höchste Zeit für Schulz, seine Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit zu konkretisieren. Stattdessen präsentierte die SPD ein abgedroschenes Programm für innere Sicherheit, das Thomas de Maizière hätte schreiben können.« Jagoda Marinic in der Süddeutschen Zeitung am 20./21. Mai 2017.

Was haben wir nun bekommen?

Eine Regierungsoption aus einer CDU, die auf den letzten Metern des Wahlkampfes besonders viele Anleihen bei der CSU nahm und einen scharfmacherischen CDU-Mann, Herrn Bosbach aus Bergisch-Gladbach, als Hauptberater bekam.

Dann einen Partner für diese CDU in Gestalt der FDP, die nie ihre Vergangenheit mit alten Nazis und jungen Antisemiten (Achenbach, Weyer, Möllemann) aufgearbeitet hat.

Und eine völkisch-rassistische AfD, die aus dem Stand auf über 7 Prozent kam und die für die Unterstützung einer rechten CDU/FDP-Regierung bereit steht.

Abgewählt wurde aus der Regierung eine Sozialdemokratie – und nicht nur eine Frau Kraft –, die antifaschistisch, antirassistisch zögerlich war und antimilitaristisch untätig. Die einen Innenminister hatte, der außer mit markigen Worten dem Neonaziproblem nicht wirklich zu Leibe rückte. Die sich von den Gewerkschaften oft isolierte. Und die in den letzten Tagen vor der Wahl sich darin übte, besonders auf die Linken draufzuhauen.

Abgestraft wurden die Grünen, die sich nicht entschließen können, zu ihren antimilitaristisch-demokratischen Wurzeln zurückzukehren.

Landesparlamentarisch untergegangen sind leider die Piraten. Nicht untergegangen sind die Linken, denen eine hauchdünne Schicht von Stimmen fehlte, um ihren Erfolg von 2010 zu wiederholen. Linke bei Grünen und SPD sollten sich endlich für eine antifaschistische und antimilitaristische Gemeinsamkeit links von der Parteiführung stark machen.

Es gilt aufzurufen zur Gemeinsamkeit der Demokraten. Die gewerkschaftlichen Aktivitäten in Richtung auf eine Stärkung der außerparla-

mentarischen Bewegung verdienen weitere Unterstützung. Die in dem Brief der VVN-BdA an die Parteien von NRW geforderte Einhaltung der Landesverfassung und ihre Anwendung bleiben Grundlage antifaschistischer Arbeit, ebenso wie unsere Mitarbeit in der Bewegung »Aufstehen gegen Rassismus« und anderen lokalen antifaschistischen Bündnissen, um den weiteren Fortschritt der AfD zu verhindern. Wenn die NRW-Wahl eine Testwahl für die Bundestagswahl gewesen sein soll, dann sagen wir den Demokratinnen und Demokraten: Test nicht bestanden! Nun aber alle ran, um die Prüfung des 24. September zu bestehen!

Ergebnis bedeutet Rechtsruck in NRW

Wenn der ehemalige NRW-Integrationsminister Armin Laschet jetzt den Law&Order-Mann gibt, ist dies der eigentliche Erfolg ultrarechter Kräfte. Deren Themen, vertreten durch Laschets CSU-Wahlhelfer wie auch von der AfD, erreichen die »bürgerliche Mitte«. Der designierte Ministerpräsident Laschet will weitere Eingriffe in den Rechtsstaat. In seinem »Zehn-Punkte-Plan« verlangt er mehr Videoüberwachung sowie ereignis- und verdachtsunabhängige Personenkontrollen (»Schleierfahndung«). Durchsetzen soll dies eine »Regierungskommission«, angesiedelt bei der Staatskanzlei unter

Silvia Gingold ./ Verfassungsschutz 31. August, 10.30 Uhr

Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Kassel. Viele Gäste erwünscht.

Der genaue Ort kann kurzfristig im Bundesbüro erfragt werden.

Vorsitz des CDU-Hardliners Bosbach, sekundiert vom sogenannten »Terrorismusexperten« Peter Neumann vom Londoner King's College.

Der zukünftige Koalitionspartner FDP wird dem nichts entgegensetzen

Broschüre zum 6. Bundeskongress

Auf dem Weg nach rechts?

»Deutsche Großmachtträume platzen lassen. Rechtsentwicklung stoppen. Menschenrechte verteidigen.« Unter diesem Motto fand am 1. und 2. April 2017 im Frankfurter Haus Gallus der 6. Bundeskongress der VVN-BdA statt.

Vielfältige Auseinandersetzungen, die es in den vergangenen Jahren in unserem Bündnisumfeld gegeben hat, machen es notwendig, dass wir uns mit den sich rasant verändernden gesellschaftlichen und politischen Be-



dingungen auseinandersetzen und immer wieder neu positionieren. Deshalb haben wir uns Referenten eingeladen, die unseren Debatten eine aktuelle und fundierte Grundlage liefern können:

Lühr Henken, einen der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, für das Thema »Deutschland rüstet auf«, Helmut Kellershohn, Mitarbeiter des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung, für das Thema »Die Mitte radikalisiert sich« und Prof. Fabian Virchow vom Forschungs-

schwerpunkt Rechtsextremismus und Neofaschismus der FH Düsseldorf zum Thema »Die extreme Rechte gruppiert sich neu«.

Alle drei Referate stießen bei den Delegierten auf großes Interesse und boten viele neue Informationen und Diskussionsansätze. Deshalb wurde von vielen Delegierten der Wunsch nach einer Veröffentlichung der Referate schon während des Kongresses geäußert. Erfreulicherweise haben alle Referenten dem zugestimmt, im Fall des Referats von Fabian Virchow auch Herausgeber und Verlag der »Neuen Kriminalpolitik«, in der der abgedruckte Beitrag zuerst publiziert wurde. Dafür herzlichen Dank an alle.

Wir freuen uns, mit dieser Broschüre drei Beiträge zu notwendigen Diskussionen vorlegen zu können und wünschen uns eine rege Debatte in der VVN-BdA und gern darüber hinaus.

**Cornelia Kerth, Dr. Axel Holz,
Bundesvorsitzende**

wollen. Das zeigen erste Erklärungen nach der Wahl. FDP-Chef Lindner sieht »die Differenzen zwischen den Liberalen und der CDU beim anstehenden Sondierungsgespräch in NRW weniger bei der inneren Sicherheit, als vielmehr bei Fragen der Wirtschaftspolitik«. Die FDP setzt ausschließlich auf den Turbo für noch mehr neoliberale Wirtschaftspolitik. Schwarz-Gelb wird die soziale Ungleichheit weiter verschärfen.

Damit wird der Nährboden weiter gestärkt, auf dem Unzufriedenheit und Zukunftsängste großer Bevölkerungsteile wachsen. Und die sie anfällig machen für vermeintlich

einfache Lösungen rechter Ratentfänger wie der AfD, bei der sie ihre Wut auf »die da oben« los zu werden glauben. Wut auf die, die nur »reden, aber nichts tun«.

Wenn zugleich über eine Million ehemaliger SPD-, Grüne-, Linkspartei- oder Nichtwähler einer mit Law&Order auftretenden CDU und einer völkisch-rassistischen AfD die Stimmen geben, besteht hierin die große Herausforderung für Antifaschisten.

Wuppertal, 22. Mai 2017

**Geschäftsführender Landesausschuss
der Vereinigung der Verfolgten des
Naziregimes-Bund der Antifaschisten**

Bunte Veranstaltung zu »70 Jahre VVN« in Hof

Breites Spektrum – bis heute

Die älteste Teilnehmerin war 92 Jahre, der jüngste Besucher zwei Monate alt: So breit war nicht nur das altersmäßige Spektrum auf der Feier »70 Jahre Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« in Hof/Wunsiedel.

Nanne Wienands, Vorsitzende der VVN-BdA Hof/Wunsiedel, begrüßte neben anderen VVN-Mitglieder aus dem Vogtland, die Chemnitzer Musiker Sabine Kühnrich und Ludwig Streng von der Gruppe »Quijote«, Gewerkschaftsvertreter, zwei Nonnen, Ortsbekannte, Historiker neben jungen Antifaschistinnen und Antifaschisten, Sozialdemokraten, Grüne, Linke, DKP-Mitglieder, Stadträte, Landtagsabgeordnete und einen Dekan.

19. April 1947: Knapp zwei Jahre erst waren seit der Befreiung Deutschlands vom Faschismus vergangen. Immer noch prägten Hunger, Chaos, Wohnungsnot, Einquartierungen, wenige Verdienstmöglichkeiten und die Folgen einer zerstörten Infrastruktur das Land. In diese schwere Zeit fiel die Gründung der VVN in Hof.

Als Festredner war Florian Ritter, SPD-Landtagsabgeordneter, von München nach Hof gekommen. Der legendäre »Schwur von Buchenwald« war Dreh- und Angelpunkt seiner Rede.

Das langjährige VVN-Mitglied Florian Ritter betonte eingangs, wie das Anliegen der VVN ihn von Kindheit an tief berührt habe: geboren an einem 8. Mai, aufgewachsen in der Nähe von Dachau.

Zwar sei die Geschichte der VVN »nicht einfach« gewesen. Doch sei

das oberste Ziel nie aufgegeben worden: die Bekämpfung des Faschismus. Vor diesem Hintergrund sei die Nennung der VVN-BdA im bayerischen Verfassungsschutzbericht »an Ungerechtigkeit nicht zu überbieten!« Mit dieser Diskriminierung müsse endlich Schluss sein.

Der zweite Teil des Abends gehörte der Kultur. Die Gruppe »Quijote« hat sich in Hof schon vor einigen Jahren einen Namen gemacht – damals mit einem Solidaritätskonzert für Griechenland.

Ihre Lieder – teils eigene Kompositionen, teils Übersetzungen berühmter Werke z. B. von Mikis Theodorakis – handeln von Verfolgung und Widerstand, von Liebe, Solidarität und dem täglichen Kampf für ein besseres, friedlicheres Leben.

H.G.



MdL Florian Ritter bei seinem Vortrag Foto: Randolph Oechslein

Erstes bayerisches Treffen in Nürnberg Nachkommen der Verfolgten

Wir waren acht Angehörige der Nachfolge-Generationen von NS-Verfolgten, die sich in Nürnberg im Nachbarschaftshaus Gostenhof getroffen haben. Mit dabei war Thorsten Fehlberg, Mitarbeiter des »Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte und deren Angehörige e. V.«.

Heidi Delbeck eröffnete unser Treffen und erklärte unsere Beweggründe, weshalb wir dazu eingeladen hatten. Obwohl sich einige von uns bereits kannten, haben wir uns doch mit unseren geerbten Geschichten vorgestellt, um uns gegenseitig kennenzulernen.

Sehr schnell stellte sich eine Atmosphäre der Vertrautheit ein, in der klar wurde, wir müssen einander nichts erklären, nichts rechtfertigen. So erschütternd die Schicksale unserer Angehörigen waren, so ergreifend waren unsere eigenen Erlebnisse und Erfahrungen, die lange vor dem Leid unserer direkt verfolgten Eltern und Großeltern zurückgehalten worden waren.

Eine nicht erklärbare Schwere lag über mancher Familie, nach der eben auch nicht gefragt werden konnte oder durfte: die sichtbaren und die unsichtbaren Narben. Das Gefühl der Fremdheit, nicht dazu-

zugehören, ausgegrenzt zu sein, massivem Misstrauen zu begegnen und beschimpft zu werden, haben fast alle von uns erfahren.

Gemeinsam war uns auch die Erfahrung, mit Disziplin, ernster Anstrengung und guter Leistung die Schule, die Aufgaben, die Pflichten, eben alles gut hinzubekommen, und natürlich unsere Eltern bzw. Großeltern zu schonen und zu stabilisieren. Einige von uns hoben besonders hervor, wie wertvoll sie den Lebensmut, ja sogar den Humor ihrer Eltern/Großeltern erlebten und schätzten.

Nach diesem Erfahrungsaustausch stellte Thorsten Fehlberg die Arbeit des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte e. V. in Köln vor, erläuterte die verschiedenen Ansätze zur Trauma-Bewältigung und beschrieb die Initiativen zur Arbeit mit und für die »Nachfolge-Generationen«. Am Nachmittag haben wir über unsere Wünsche und Bedürfnisse gesprochen und über unsere Erwartungen an weitere Treffen.

Über jede Rückmeldung und Nachfrage dazu und über weitere Anregungen freuen sich

Heidi Delbeck, Inge Kroll und Annette Müssener. Kontakt über VVN-BdA Bayern.

VVN/BdA-KV Würzburg wieder aktiv

Nach mehreren Jahren Stillstand ist es gelungen, in Würzburg wieder einen funktionierenden Kreisvorstand mit zwei gleichberechtigten Sprechern zu bilden. Der Landesvorstand hatte alle Mitglieder des Kreisgebiets zu einer Mitgliederversammlung für den 20. April 2017 mit Neuwahlen eingeladen. Als erste Maßnahmen will der Kreisverband seine Website wieder aktivieren und Werbemaßnahmen durchführen, um sich in

der unterfränkischen Region erneut bekannt zu machen.

Kreisvereinigung Augsburg

Anlässlich der Stolpersteinverlegung in Augsburg haben wir eine neue Internetseite eingefügt:

http://www.vvn-augsburg.de/4_stadtrundgang/Erinnerung/index.htm

Das SprecherInnenteam

Nordbayerischen Bündnisse

Jahrelang waren wir »nur« Mailverteiler und trafen uns persönlich – endlich haben wir auch eine Webpräsenz: <http://www.nordbayerische-buendnisse.de/>. Die Beobachtung der extremen Rechten in Nordbayern (Organisationen, Parteien und Personen) sehen wir als unsere Aufgabe, sowie die Beratung der örtlichen zivilen Bündnisse in ihrem Widerstand. Bleiben wir dran! Helft mit, die Website durch Eure Meldungen aktuell zu gestalten: Benachrichtigt uns umgehend, wenn Nazis bei Euch auftreten oder Rassisten/Rassistinnen ihr Gift verspritzen.

Spenden für die VVN-BdA Bayern: Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto (bitte beachten: neue Bankverbindung, neue Nummern): VVN-BdA Bayern DE21 7015 0000 1003 3325 80; BIC: SSKMDEMXXX

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

Ein eindrucksvoller Appell gegen die Abschiebungen

Zivilcourage gewürdigt

»Schützt unsere Schülerinnen und Schüler!« war der spontane Aufruf überschrieben. Und weiter: »Keine Abschiebung von Menschen in Ausbildung und Arbeit. Donnerstag, 1. Juni 2017, 18.00 Uhr, Salvatorplatz (vor dem Kultusministerium)«. Unterzeichnet hatten ihn Münchner und bayerische Organisationen, Bündnisse und Gruppen wie Bellevue di Monaco, Bayerischer Flüchtlingsrat, Münchner Schülerbüro, Münchner Flüchtlingsrat, SchlaU-Schule, München ist bunt und viele weitere.

»Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerschaft und Bürgerinnen und Bürger«, hieß es darin, »solidarisieren sich mit allen, die durch die rigorose Abschiebepolitik bedroht und erneut traumatisiert werden. Heute Morgen wurde Assif, ein Schüler aus einer Nürnberger Berufsschule, verhaftet. Etwa 200 Mitschülerinnen und Mitschüler versuchten, die Abschiebung des jungen Afghanen zu verhindern. Erfolglos: Ihre Sitzblockade wurde von einem massiven Polizeiaufgebot mit Hunden und unter Schlagstockeinsatz aufgelöst. Festnahmen zur Abschiebung aus dem Unterricht sind kein Einzelfall, ähnliche Vorfälle sind uns auch aus anderen Berufsschulen, zum Beispiel aus Kelheim, bekannt.«

Und weiter: »Diese Vorfälle machen deutlich: Der politische Wille, Abschiebungen nach Afghanistan durchzusetzen, nimmt keinerlei Rücksicht, nicht auf die Betroffenen, nicht auf Mitschülerinnen und Mitschüler. Galten Schule und Ausbildungsplatz bislang als geschützte Orte, so gehört dies in Bayern nun offenbar der Vergangenheit an. Die Szenen von heute morgen sind empörend und eines Rechtsstaates unwürdig! Unsere Forderung lautet daher: Schützt unsere Schülerinnen und Schüler! Keine Abschiebungen nach Afghanistan!«

Beeindruckend war nicht nur, dass viele hundert Menschen an diesem Donnerstag spontan dem Aufruf gefolgt waren und sich am Salvatorplatz versammelten hatten. Noch beeindruckender war, wie dort – zwischen Kultusministerium und »Literaturhaus«, dessen Fassade

aufgrund einer aktuellen Ausstellung derzeit mit einem großen Foto des ins Exil gezwungenen antifaschistischen bayerischen Schriftstellers Oskar Maria Graf geschmückt ist – Rednerinnen und Redner aus verschiedenen kulturellen und politischen Spektren unisono den Nürnberger Schülerinnen und Schülern Respekt für deren Zivilcourage zollten. Hatten diese doch mit ihren Blockaden versucht, der Abschiebung ihres Mitschülers aktiven Widerstand entgegenzusetzen.

Nicht zuletzt kamen solche Solidaritäts- und Respektsbekundungen auch aus Organisationen und Gewerkschaften von Lehrerinnen und



Lehrern. Das ist umso wichtiger, weil Bayerns CSU-Innenminister Herrmann unmittelbar nach der aggressiven Polizeiaktion gegen die Schüler hinter den Blockaden wieder einmal »linksautonome« Umtriebe entdeckt zu haben glaubte. Dies nahm ihm, unabhängig von der grundsätzlichen Frage nach der menschenrechtlichen Berechtigung von Abschiebungen ins Kriegs- und Terrorland Afghanistan, kurzfristig eigentlich niemand mehr so recht ab, wie das Gros des Medienechos zeigte.

Dennoch: Eine renommierte Zeitung, die sehr engagiert und differenziert über vieles, was mit den Nürnberger Vorgängen verbunden

Oskar Maria Graf als »Schirmherr« der Proteste Fotos: Günter Wangerin



war, zu berichten wusste, serviert der Leserschaft im Bayernteil eine knappe Woche später eine mit den damaligen Ereignissen verbundene Meldung unter der Überschrift »Nürnberger Berufsschule beschmiert und beklebt«. An zwei Gebäuden des damals betroffenen »Berufsschulkomplexes« seien »etwa 30 Plakate mit »politisch motivierten« Slogans wie »Konsequent abschieben« angebracht worden, »außerdem wurde die Fassade eines Gebäudes mit blauer Farbe besprüht. Das größte der drei Graffiti war laut Polizei acht Meter lang.«

Über den Inhalt des großen »Graffiti« erfahren wir nichts. Nur, dass »schon am Wochenende« die »Schriftzüge notdürftig entfernt« wurden. Und dann noch quasi zur Erklärung des Ganzen: »Schüler hatten am Mittwoch versucht, die Abschiebung eines 20jährigen Afghanen zu verhindern. Wegen des Anschlags in Kabul war die Abschiebung aber dann ohnehin gestoppt worden.«

Also »Alles wieder paletti«? Von wegen. Nach dieser die Vorgänge mehr als beschönigenden Zeitungsmeldung nach einigen Tagen wieder klar: Es finden weiter Abschiebungen nach Afghanistan statt. Vielerorts in Bayern versammelten und versammeln sich zivilcouragierte Menschen, bis dieser Skandal ein Ende findet.

Ernst Antoni

Wir gratulieren...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »antifa« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Juli: Luise Gutmann, Lappersdorf, 70 Jahre; Beate Bartl, Freising, 65 Jahre; Kurt Idrizovic, Augsburg, 65 Jahre; Karl-Heinz Zipfel, Ingolstadt, 65 Jahre; Ingrid Hornung, Bamberg, 60 Jahre; Dr. Heinrich Schwimmbeck, Bamberg, 60 Jahre; Hans Treiber, Nürnberg, 60 Jahre

August: Erich Schreier, Röthenbach/Pegnitz, 88 Jahre; Dagmar Giebel, Nürnberg, 86 Jahre; Elisabeth Scheringer, Kösching, 83 Jahre; Lore Schwaiger, Jesenwang, 82 Jahre; Else Höllenreiner, Mittenheim, 80 Jahre; Christa Willmitzer, München, 70 Jahre; Gerd Söhnlein, Kist, 65 Jahre; Gerhard Wild, Augsburg, 65 Jahre; Bernhard Strobl, Oy-Mittelberg, 60 Jahre

»Deutschland wiedergutmacht? Erinnerungskultur vor neuen Herausforderungen«

Konferenz: Erinnern, Mahnen und Begegnen

In diesem Jahr möchten wir vom **8. bis 10. September** zum **Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung** gemeinsam mit **Mitstreitern und Mitstreiterinnen** aus geschichts-, gedenk- und erinnerungspolitischen Initiativen, aus Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Schulen, Universitäten und mit Interessenten und Interessentinnen zu einer antifaschistischen Konferenz einladen.

Dank beharrlicher Arbeit vieler zivilgesellschaftlicher Initiativen, Aktivistinnen und Aktivisten entwickelte sich in Berlin eine lebendige Erinnerungskultur. Davon zeugen Tausende Stolpersteine, zahlreiche Gedenktafeln, neu entstandene Gedächtnis- und Lernorte in Stadtteilen. Sie erinnern an Holocaust, Verfolgung, Widerstand, Zwangsarbeit und Terror des NS-Regimes. Aus der Zivilgesellschaft gingen und gehen immer wieder Impulse zur Auseinandersetzung mit der NS-Zeit hervor, entstehen neue Initiativen und Projekte gegen das Vergessen und für das Erinnern an Opfer des Faschismus und auch rechtsextremistischer Gewalt.

Anliegen der Konferenz ist es, uns über Erfahrungen, auftretende Probleme und künftige Konzepte antifaschistischer Erinnerungsarbeit auszutauschen, die Zusammenarbeit zu verstärken und zu erweitern. Unsere Konferenz ist auch eine Antwort auf die Ansage von Rechtspopulisten und Neonazis, die in Jahrzehnten gegen viele Widerstände mühsam errungene Erinnerungskultur als »dämliche Bewältigungspolitik« abzuschaffen und einen Schlussstrich unter die weiterhin notwendige Aufarbeitung von Holocaust, NS-Terror, Vernichtungs-, Rassen- und Raubkrieg ziehen zu wollen.

Durch den Verlust der Zeitzeugen-Generation vollzieht sich ein Wandel in der Erinnerung an das Naziregime. Der von Politikern an Gedenktagen aufschwingende Aufarbeitungsstolz und das damit einhergehende Selbstlob erwecken den Eindruck, als ob wir am Endpunkt einer erfolgreichen Aufarbeitung der NS-Geschichte stünden. Es gilt jedoch, das große zivilgesellschaftliche Engagement und die Vielfalt der kleinen, mittleren und großen NS-Gedenkstätten nachhaltiger als bisher zu unterstützen und sie personell zu stärken. Es bedarf in der Erinnerungskultur keiner staatlich vorgegebenen »Meistererzählung«, sondern des kritischen Moments in

der Aufarbeitung der NS-Geschichte. Geschichtsbewusstsein benötigt das Wissen um das Geschehene und den vergleichenden Blick auf das heute: Welche Aktualität haben diese Erfahrungen? Die Erinnerungskultur sollte immer die kritische Reflexion der Gegenwart im Blick behalten.

Im Mittelpunkt der Konferenz stehen folgende Fragen:

- Wie können NS-Menschenrechtsverbrechen, Holocaust, Widerstand und Verfolgung im öffentlichen Gedächtnis bewahrt und zum Ausgangspunkt einer kritischen Reflexion der Gegenwart werden?
- Wie gelingt es, mit der Empathie für die Opfer auch die Täter sichtbar zu machen und die gesellschaftlichen Verhältnisse freizulegen?
- Welche Rolle kommt den Nachkommen von NS-Verfolgten bei der Bewahrung der Erinnerung zu?
- Wer erzählt die Geschichten von Widerstand und Verfolgung weiter?
- Wie können Gedenkstätten als Lernorte zukunftsfähig bleiben, ihre Anstößigkeit und das Unbequeme erhalten und so zu einer Quelle gesellschaftlicher »Selbstbeunruhigung« werden?
- Was erwarten wir zur flexiblen Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure in ihrem Stadtteil und Kiez vom Senat und den Bezirksämtern?

Die Konferenz beginnt am Freitag, den 8. September, um 18 Uhr mit einem Grußwort von Volkmar Harnisch – 1944 im Alter von 17 Jahren verhaftet – und einem Vortrag von Detlef Garbe zur »Erinnerungskultur zwischen Aufarbeitungsstolz, Unbehagen und emanzipativen Perspektiven«. Der Leiter der Hamburger Gedenkstätte

Neuengamme ist auch Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten. Dem schließt sich eine Podiumsdiskussion über »Antifaschistische Erinnerungskultur(en) vor neuen Herausforderungen« an.

Der Sonnabend beginnt um 11 Uhr mit einem Impulsreferat von Gideon Botsch vom Moses Mendelsohn Zentrum Potsdam zu

Bełżec, Treblinka); verschwiegene Verfolgte des Naziregimes; Erinnern in der Migrationsgesellschaft; bis heute verfolgt: Sinti und Roma; neue Stadtteilinitiativen; Opfer rassistischer und rechtsextremistischer Gewalt; vergessener Widerstand der Arbeiter; Forderung nach NSU-Untersuchungsausschuss für Berlin; Geschichtsvermittlung in digitalen Medien; Rolle

der Nachkommen von Verfolgten des Naziregimes; offenes Konzept für einen Gedenkort in der Uckermark.

Die Abende des 8. und 9. Septembers klingen auf dem Hof am Café A mit Gesprächen und Musik aus. Am Sonntag, den 10. September, gibt es ab 10 Uhr bei einem Frühstück auf dem Hof des Mathematik-Gebäudes Gelegenheit zu Gesprächen mit Zeitzeuginnen und -zeugen, denen sich eine Kundgebung zum Gedenken an

die Opfer des Faschismus in Charlottenburg und ein antifaschistischer Fahrradkorso mit Stopps an Orten von Widerstand und Verfolgung anschließen wird.

Alle sind herzlich willkommen. Teilnehmer, aber auch Helferinnen und Helfer für die Vorbereitung und zur Konferenz können sich gerne in der Geschäftsstelle melden unter: berlin@vvn-bda.de. **Hans Coppi**

Mehr Informationen zum Programm und Ablauf unter www.tag-der-mahnung.de



Konferenzort: Mathe-Gebäude (MA) der TU Berlin, nahe U2 Ernst-Reuter-Platz

»Fiktionen gegen Fakten – Zum Umgang der extremen Rechten mit der Geschichte«. Ab 12 Uhr folgen in drei Panels – unterbrochen von Mittags- und Kaffeepause – jeweils vier von zwölf zivilgesellschaftlichen Initiativen gestaltete Workshops: Stolpersteine und Gedenktafeln im öffentlichen Raum; Vermittlung von Widerstand und Verfolgung an Schulen; Gedenken an die Opfer der »Aktion Reinhardt« (Sobibor,

Redaktion: Dr. Hans Coppi
 Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin
 Tel.: (030) 55 57 90 83-0 Fax: (030) 55 57 90 83-8,
 Internet: berlin.vvn-bda.de
 E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Konferenz 8.-10.9.17
 Spendenkonto: Postbank Berlin
 IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05
 BIC: PBNKDEFF

Berliner NSU-Untersuchungsausschuss jetzt! Besser spät als nie!

Petition der Berliner VVN-BdA gestartet

Mit einer Petition verleiht die Berliner VVN-BdA ihrer Forderung an die Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses Nachdruck, auch in Berlin sofort einen parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschuss einzusetzen:

»Der NSU-Ausschuss in unserem Nachbarland Brandenburg bringt mit jeder Sitzung erschreckende Details über das Behördenhandeln ans Licht. Diese Aufklärung brauchen wir auch in Berlin. Und das sind Sie den Opfern des NSU schuldig.«

Die neonazistischen Morde des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) markierten eine Zäsur in der bundesrepublikanischen Geschichte. Die Taten des NSU, sein Netzwerk und die Rolle der Behörden sind noch lange nicht aufgeklärt. Die Aufklärung der Taten des NSU-Netzwerks war größtenteils der Initiative und Arbeit der Opferanwälte und -anwältinnen im Münchener NSU-Prozess überlassen.

Mit dem kommenden Abschluss des NSU-Prozesses in München droht aber die These, der NSU sei lediglich ein Trio mit einigen wenigen Unterstützern und Unterstützerinnen gewesen und nicht ein großes neonazistisches Netzwerk, das unter den Augen der bundesdeutschen Behörden agierte, zur gewollten offiziellen Auslegung des NSU-Komplexes zu werden.

Das kennen wir schon aus unserer Vergangenheit. Hätten Antifaschistinnen und Antifaschisten die Aufarbeitung und Deutung der Verbrechen des deutschen Faschismus den deutschen Ermittlungsbehörden oder gar den Geheimdiensten überlassen, hätten wir nicht selbst Informationen gesammelt und immer wieder öffentlichen Druck aufgebaut, hätte die deutsche Gesellschaft längst einen Schlussstrich gezogen. Das darf auch hier nicht geschehen!

Als das Kerntrio des NSU abtauchte und mordend durchs Land zog, waren andere Neonazis und dazu V-Leute des Verfassungsschutzes und der LKAs nicht fern. Auch in Berlin wollen wir die Frage stellen: Welche Rolle spielten, was wussten die Behörden? Wo und wie hat Behördenhandeln den Neonaziterror begünstigt? Was wir wissen: Der frühere Deutschlandchef von »Blood and Honour«, eines wichtigen Unterstützungsnetzwerkes des NSU, Stephan Lange (»Pinocchio«) aus Lichtenberg, wurde vom Berliner LKA als Spitzel »Nias« an den Bundesverfassungsschutz weitergereicht.

Es gibt zahlreiche Indizien für die Ausspähung der Synagoge Rykestraße im Mai 2000 durch den NSU. Der Wachpolizist Frank G. will dort im Mai 2000 Zschäpe und Mundlos erkannt haben. Zschäpe hat einen Aufenthalt in Berlin eingestanden. Auch der sächsische Neonazi Jan W., ein Bekannter von »Nias«, soll dort gewesen sein.

Noch am 3. November 2014 veranlassten zwei Bundesanwälte die Vernichtung aller Unterlagen aus dem Besitz von Jan W., die wegen eines Verfahrens gegen ihn beim LKA Berlin lagerten. Schon 2011 stellte sich die Berliner Polizei die Frage, ob auch die drei bis heute ungeklärten Sprengstoffanschläge 1998 und 2002 auf den Jüdischen Friedhof Heerstraße in Charlottenburg auf das Konto des Netzwerks gehen. In der von Zschäpe angezündeten Wohnung in Zwickau fand sich eine Adressliste, auf der der Jüdische Friedhof verzeichnet war. Alle Ermittlungen blieben jedoch bis heute ohne jeden Erfolg.

Auf einer Podiumsdiskussion am 20. Juni 2017 in Berlin sprachen sich Petra Pau, Obfrau der Fraktion Die Linke im NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages, Antonia von der Behrens, Nebenklagevertreterin der Familie des am 4. April 2006 in Dortmund

ermordeten Mehmet Kubaşık im NSU-Prozess am OLG München und Katharina König-Preuss, Obfrau der Fraktion Die Linke im NSU-Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtages, einhellig für die Einsetzung eines parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus aus: »Das Parlament in Berlin muss sich den NSU-Bezügen nach und in Berlin zuwenden. Inzwischen hat sich so viel aufgehäuft, dass dies nur mit einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss geht«, erklärte Petra Pau.

»Es spricht alles dafür und nichts dagegen, in Berlin einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Ich verstehe nicht, dass es gerade unter dieser Regierung noch keinen gibt, gerade jetzt, nachdem der V-Mann Nias aufgefliegen ist«, sagte Katharina König-Preuss. »Weiß man in Berlin zu viel über das Treffen von Mundlos, Zschäpe und Jan Werner im Mai 2000, um einen Untersuchungsausschuss einzusetzen«, fragte Antonia von der Behrens. **Markus Tervooren**

Petition unterschreiben: <https://www.openpetition.de/petition/online/berliner-nsu-untersuchungsausschuss-jetzt-besser-spaet-als-nie> Unterschriftenlisten können auch bei der Berliner VVN-BdA angefordert werden.

Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA...

...immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

Montag, 17. Juli 2017, 18.30 Uhr, Werner Scholem (1895-1940) – Eine politische Biographie. Kurzfilm und Diskussion. Eva Mickel im Gespräch mit dem Autor Ralf Hoffrogge. Werner Scholem

wird heute meist verbunden mit seinem Bruder Gershom, Benjamin-Herausgeber und Experte zur jüdischen Mystik. In den 1920ern war jedoch der »große Bruder« Werner weit prominenter, als KPD-Politiker mischte er im Reichstag die Szene auf – Walter Benjamin schimpfte ihn dafür einen »Lausejungen«. Doch die Provokationen waren nicht inhaltsleer: Trotz schriller Töne legte Scholem stets den Finger in die Wunde, brandmarkte die reaktionäre Schulpolitik der Weimarer Republik genauso wie ihre rechtslastige Justiz. Er kritisierte steigenden Antisemitismus und warnte bereits im April 1923 vor einem Putsch Hitlers. Doch

Scholem konnte den Rechtsruck nicht verhindern: 1926 wurde er als Gegner Stalins aus der KPD hinausgesäubert, 1933 verhaftet und 1940 im KZ Buchenwald ermordet. Die Einleitung bildet die 20-minütige Kurzdoku »Von der Utopie zur Gegenrevolution« über Werner und Emmy Scholem von Niels Bolbrinker.

Montag, 21. August 2017, 18.30 Uhr, 70 Jahre VVN, Peter Neuhof, Gründungsmitglied der Berliner VVN, im Gespräch mit Hans Coppi. Durch, wie er selbst sagte, »unwahrscheinliche Glücksumstände« überlebte Peter Neuhof, Sohn kommunistisch,

jüdischer Widerstandskämpfer aus Frohnau, die Naziherrschaft. Sofort nach der Befreiung stürzte er sich in den Kampf für eine andere, eine antifaschistische Gesellschaftsordnung. Der VVN gehörte er seit ihrer Gründung an. Er wurde Journalist und war lange Jahre Korrespondent des DDR-Nachrichtendienstes ADN in Westberlin. Peter Neuhof spricht über die Gründungszeit der Berliner VVN vor 70 Jahren – von den Erwartungen der aus den Gefängnissen und Lagern Zurückgekommenen, den Hoffnungen, die sie mit der VVN verbanden, den Schwierigkeiten und Widerständen, die es dabei gab und was künftige Aufgaben antifaschistischer Arbeit sind.

Zu Besuch in der »roten Emilia«

Ein wirklicher Feiertag

Eine der Aufgaben, die wir uns als VVN-BdA (nicht nur) in Hamburg stellen, ist, den 8. Mai als Tag der Befreiung öffentlich wahrnehmbar zu würdigen und zu feiern. Dazu gab es in den vergangenen Jahren einige Versuche: Feste der Befreiung, antifaschistische demonstrative Stadtrundgänge, unser jährliches Gedenken auf dem Friedhof Ohlsdorf.

Durch gute Bündnisarbeit und Mobilisierung haben wir damit viele hundert Menschen erreichen können. Dass wir dabei Pionierarbeit leisten, ist uns klar. Selbst in der Wahrnehmung der kritischen Öffentlichkeit hat der 8. Mai bei uns nicht annähernd die gleiche Bedeutung wie in benachbarten Ländern. Umso wertvoller, dass wir in diesem Jahr die Gelegenheit hatten, den Tag der Befreiung in Italien zu erleben. Wir waren in der Reggio Emilia, einer Hochburg der Resistenza, des Widerstands gegen die deutsche Besatzung und die italienischen Faschisten. Wir waren dort im Rahmen der Sentieri Partigiani, einer mehrtägigen Wanderung auf Partisanenwegen, mit eindrucksvollen Begegnungen mit ehemaligen Widerstandskämpfern und -kämpferinnen. Dieser vom Istoreco aus Reggio organisierte Bildungsurlaub findet zweimal im Jahr mit jeweils 100 (überwiegend

jungen deutschen) Teilnehmenden statt. Und wir hatten das Glück, in diesem Rahmen den italienischen Tag der Befreiung, den 25. April, in verschiedenster Form gemeinsam mit italienischen Antifaschistinnen und Antifaschisten feiern zu dürfen. Was ist das Beeindruckende an diesem Tag, in dieser Region? Sicherlich die »Nachberichterstattung« in den regionalen Zeitungen am nächsten Tag. Die ersten zehn Seiten sind den kleinen und größeren Gedenkveranstaltungen und -feiern der Umgebung gewidmet. Schon Tage vorher sah man, wie liebevoll noch im letzten Dorf der örtliche Gedenkstein für die dort Gefallenen geschmückt und gepflegt war. Und zu gefühlt jedem dieser Orte gab es auch eine Aktivität unseres

italienischen Schwesterverbands, der ANPI (Associazione Nazionale Partigiani d'Italia). Dann natürlich der Tag selbst. Schon nachts wurden auf den Plätzen die bekannten Partisanenlieder gesungen. In der offiziellen Gedenkdemostration der Kreisstadt wird zwar seit einigen Jahren von der Blaskapelle nicht mehr Bandiera Rossa gespielt, aber dennoch müssen sich weiterhin die örtlichen Honorationen zur Piazza bewegen, selbstverständlich. Wir waren in einem winzigen Dorf zu einem gigantischen Essen mit dem traditionellen Gericht »Capeletti antifascisti« eingeladen, mit 400

Corregio, einen beeindruckenden Chor und lokale antifaschistische Geschichte vermittelt. Wir waren auf einem Befreiungsfest mit 7.000 Teilnehmenden. Und damit war dieser bislang längste und schönste Tag des Jahres für uns noch lange nicht vorbei.

Die Aneignung ihrer antifaschistischen Geschichte ist sicherlich nur ein Aspekt der politischen Kultur der »roten Emilia«. Eines ist dabei allerdings deutlich geworden: Bei der Selbstverständlichkeit, mit der junge Menschen diesen Tag als Tag auch ihrer Befreiung wahrnehmen, in diese, unsere Kultur hineinwachsen,

ist es kein Wunder, dass die italienische Rechte in der Region keinen Fuß auf den Boden bekommt. Und das ist bekanntlich auch in Italien heute keine Selbstverständlichkeit.

Lokale antifaschistische Geschichte lebendig machen, unsere Kultur leben und nicht zuletzt den 8. Mai als Feiertag



siamo tutti antifascisti (wir sind alle Antifaschisten)

Foto: VVN-BdA Hamburg-Altona

wirklichen Freundinnen und Freunden, Reden und Gesängen. Auf einem antifaschistischen Stadtrundgang bekamen wir gemeinsam mit hundert, rote Fahnen tragenden Bewohnern und Bewohnerinnen aus

durchsetzen – das bleibt neben vielem Anderen unsere Aufgabe, um AfD und Co. den Boden zu entziehen. Die Erfahrung aus der Emilia ist uns dazu großer Ansporn und Motivation.

KV Altona

Hamburger VVN-BdA Termine

Fr, 30. Juni bis So, 2. Juli

Methfesselfest
Ort: Else-Rauch-Platz

So, 2. Juli, 16 Uhr

Historischer Stadtrundgang
Treffpunkt: Kulturzelt, Methfesselfest

22. Juli bis 6. August

Ohlsdorfer Friedensfest 2017: »Seid wachsam«

So, 30. Juli, 17 Uhr

Film »Das radikal Böse« von Stefan Ruzowitzky, D/A 2013
Kommunales Kino METROPOLIS, Kleine Theaterstraße 10

Fr, 4. August, 16.30 Uhr

Führung durch den »Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer«
Treffpunkt: Friedhofsmuseum am Haupteingang Friedhof Ohlsdorf

Fr, 4. August 18 Uhr

Widerständiges Frauenleben: Frauen streiten nach der Befreiung für eine Gesellschaft ohne Hunger, Krieg und Unterdrückung. Eine Lesung über kämpferisches Frauenleben nach 1945.
Ort: Ohlsdorfer Friedhof, (Bestattungs-)Forum, Fuhlsbüttler Straße 758

Sa, 29. Juli, 13 Uhr (Busabfahrt Dammtorbahnhof)

Sommerfest Heideruh.
Beginn vor Ort: 14.30 Uhr (Rückfahrt ca. 21.00 Uhr)
Abfahrtsort: Tankstelle vor dem Bahnhof Dammtor (Moorweide). Bitte für die Mitfahrt im Bus im Landesbüro der VVN-BdA anmelden unter Tel. 040 / 31 42 54 oder per Mail vnv-bda.hh@t-online.de

Di, 1. August, 18 Uhr

»Altonaer Blutsonntag« – Erinnern an die ersten Justizmorde des Faschismus
Ort: Hinterhof des Amtsgerichts Altona (Zugang über Gerichtsstraße)

So, 6. August

Kundgebung zum Hiroshima-Tag

So, 27. August, 17 Uhr

Film und Gespräch »Dui Rroma« von Iovanca Gaspar, A 2014.
Gesprächsgäste: Inge Weiß und Arnold Weiß (Vorsitzender) vom Landesverein der Sinti in Hamburg e. V.
Im Anschluss wird im Foyer die Ausstellung »Ohh Poorajmos...« von Boris Weinrich eröffnet: Illustrationen zur Diskriminierungs- und Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma.
Eine Kooperationsveranstaltung des Landesvereins der Sinti in Hamburg e. V. und der VVN-BdA Hamburg

Fr, 1. September

Antikriegstag

Sa, 9. September

Demonstration und Konzert gegen Rassismus. Näheres unter www.keine-stimme-den-nazis.org

So, 10. September, 11 Uhr

Gedenkveranstaltung »Menschen, wir hatten Euch lieb«. Blumen für unsere Toten zum Internationalen Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg.
Ort: Friedhof Ohlsdorf, Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer

Mo, 11. September, 18 Uhr

»Täterprofile«. Vortrag von Hans-Peter de Lorent.
Kooperationsveranstaltung der GEW Hamburg und der VVN-BdA Hamburg
Ort: GEW im Curiohaus (Hinterhof), Rothenbaumchaussee 15

...nach 72 Jahren endlich eingeweiht

Gedenkort Hannoverscher Bahnhof

Der Lohseplatz soll das »pulsierende Herz« der Hafencity werden, ein Ort zum Spazieren, Spielen, Ausruhen. Eine tiefe Spalte – Fuge genannt – durchtrennt ihn parallel zu den Bahngleisen. Sie symbolisiert den Bruch, die Wunde, die bis heute nicht verheilt ist: In der Fuge liegen die letzten baulichen Reste des Bahnsteigs 2 des ehemaligen Hannoverschen Bahnhofs, von dem 8.000 Menschen, Hamburger Jüdinnen und Juden und Sinti und Roma aus ganz Norddeutschland in die Ghettos und Lager verschleppt worden sind, in denen die übergroße Mehrheit der Deportierten ermordet wurde.

Am 16. Mai 1940 gingen die Hamburger Sinti-Kinder mit Vorfreude in die Schule. Nach Jahren der Ausgrenzung und Stigmatisierung, in denen sie in besonderen Klassen nur notdürftig unterrichtet worden waren und von allen schulischen Veranstaltungen ausgeschlossen wurden, hatte es am Vortag die Ansage gegeben: Morgen dürfen die Sinti mal einen Ausflug machen, diesmal bleiben die anderen Kinder zuhause.

Der Ausflug endete im Fruchtschuppen C im »Magdeburger Hafen«, wo sie als Erste eingesperrt wurden. Dann erst holten die Kriminalpolizisten die Familien ab. Sie wussten, dass es keinen Widerstand gegen die »Umsiedlung« geben würde, wenn man den Sinti sagt, dass ihre Kinder schon auf sie warteten. Schließlich hatte sich schon lange vorher Eva Justin, Mitarbeiterin der »Rassehygienischen Forschungsstelle«, in das Vertrauen der Familien eingeschlichen. Sie hatte lange Listen der Familienangehörigen über Generationen hinweg erstellt, die zusammen mit den später vorgenommenen »anthro-

pometrischen Untersuchungen« die Grundlage ihrer »rassebiologischen Gutachten« wurden, mit denen die Deportationen vorbereitet wurden.

So wie in Hamburg liefen die meisten Deportationen von Sinti und Roma ab. Immer mehr Familien aus Bremen, aus Kiel und ganz Schleswig-Holstein wurden am 16. Mai und in den folgenden Tagen in den Fruchtschuppen gesperrt. Dicht gedrängt und voller Sorge

waren dort am Ende mehr als 1.000 Menschen zusammengepfercht, denen schnell klar wurde, dass ihnen Schreckliches bevorsteht. Der erste Deportationszug verließ vermutlich am 20. Mai 1940 den Hannoverschen Bahnhof und führte nach Belzec, wo die Sinti auf freiem Feld aussteigen und dort in den folgenden Monaten unter grauenhaften Bedingungen das Lager bauen mussten.

**Sonnabend, 8. Juli, ab 11.00 Uhr
Grenzenlose Solidarität statt G20
Internationale Großdemonstration
Hamburg – Auftakt am Deichtorplatz**

Treffpunkt der VVN-BdA um 10.30 Uhr
vor dem Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60

Eimsbüttel gedenkt der Opfer

Stolpersteine in neuem Glanz

Auch in diesem Jahr hat die Kreisvereinigung Eimsbüttel anlässlich des Eimsbütteler »Monats des Gedenkens« Stolpersteine geputzt und Kurzbiographien der meist jüdischen Opfer dazu verlesen. Tage zuvor wurden die Anwohner durch ein Flugblatt über die am 29. April geplante Aktion informiert. Daraufhin nahmen auch einige Anwohner und Anwohnerinnen

an der Aktion teil und bekundeten lebhaftes Interesse.

Für ihr Engagement gegen das Vergessen erhielt die VVN-BdA von den Teilnehmenden viel Lob. Darüber hinaus zeigten einige großes Interesse daran, die Stolpersteine vor ihren Häusern zukünftig selbst zu reinigen. Wenn das keine glänzenden Aussichten sind...

Isolde



Einweihung des Gedenkortes Hannoverscher Bahnhof in Hamburg am 10. Mai 2017. Romani Rose und Arnold Weiß mit dem Kranz für die Deportierten.
Foto: Ralf Lorenzen

Bis zum 14. Februar 1945 verließen Hamburg vom Hannoverschen Bahnhof aus 19 weitere Transporte. Mindestens 8.071 Juden, Sinti und Roma wurden in osteuropäische Ghettos (Lodz, Minsk, Riga, Theresienstadt) oder Vernichtungslager (Auschwitz-Birkenau, Belzec) deportiert. Mindestens 6.500 von ihnen fanden dort den Tod, wahrscheinlich überlebten wesentlich weniger als 1.000 Personen.

Bis 1998 war der Hannoversche Bahnhof, als Güterbahnhof im Freihafen gelegen, nicht allgemein zugänglich. An die Deportation der jüdischen Hamburgerinnen und Hamburger erinnerte der »Platz der Jüdischen Deportierten« vor dem Logenhaus an der Moorweide. An die deportierten Sinti und Roma erinnerte nichts.

Erst im Zuge der Planungen für die Hafencity trat das Bahnhofs-Gelände wieder ins öffentliche Bewusstsein. Bei der ersten Gedenkveranstaltung, die Anfang der 2000er Jahre auf dem Gelände stattfand, wurde von allen Teilnehmenden zu Recht als Zumutung empfunden, dass Kränze und Blumen buchstäblich auf Gestrüpp abgelegt werden mussten. Es folgten eine erste Ausstellung »In den Tod geschickt«, von der ein kleiner Ausschnitt in einem Container am Lohseplatz dauerhaft zu sehen ist, eine schlichte Gedenktafel in direkter Nachbarschaft und die politische Weichenstellung und Planung für den Gedenkort. Die Jüdische Gemeinde,

die Roma- und Sinti-Union und das Auschwitz-Komitee waren von Anfang an in die Planungen einbezogen, der Landesverein der Sinti seit 2013. Es ist insbesondere auf das Engagement der Überlebenden-Verbände zurückzuführen, dass auf dem neu gebauten Bahnsteig, der an das historische Fragment anschließt, Tafeln mit sämtlichen bekannten Namen an die Menschen erinnern, die von dort in den Tod geschickt wurden.

In den nächsten drei Jahren soll am Rande des Lohseplatzes ein Dokumentationszentrum entstehen, das die Geschichte der Deportationen und der Deportierten erzählt. Dort wird dann endlich auch an die 2.000 Antifaschisten erinnert, die, aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern geholt, in Hamburg in Uniform gesteckt und als Kanonenfutter an die Frontabschnitte gebracht wurden, wo die regulären Wehrmachtstruppen auf verlorenem Posten standen. Auch sie wurden als Angehörige der sogenannten 999er Strafbataillone zum großen Teil vom Hannoverschen Bahnhof aus in den Tod geschickt.

Cornelia Kerth

V.i.s.d.P. dieser Seite: Landesgeschäftsstelle VVN-BdA, Landesvereinigung Hamburg, Telefon: 040 / 31 42 54, E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA! Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, HASPA, IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183, BIC: HASPDEHXXX

Der Nazi-«Tag der deutschen Zukunft» (TddZ) suchte Karlsruhe heim

Widerstand gegen Rechtsentwicklung

Karlsruhe kam in diesem Jahr bereits mit der Legitimierung der NPd durch das Bundesverfassungsgericht in die Schlagzeilen. Vor diesem Hintergrund konnten am 3. Juni 2017 im Rahmen der Neonazi-Kampagne »TddZ« 300 politische Nachkommen von SS und NSDAP durch den Ortsteil Durlach unter dem Schutz von bis zu 4.000 Polizisten marschieren.



Tausende auf der Gegenkundgebung

Alle Fotos: www.beobachternews.de

Dagegen erhob die VVN-BdA Kreisorganisation die Forderung, diesen Aufmarsch zu verbieten. Sie erklärte, dass der Anmelder, die Partei »Die Rechte« wesentliche Inhalte des Programms der NSDAP propagiert, es drohen am 3. Juni 2017 permanent Verstöße wegen Volksverhetzung, »Aufforderung zu Straftaten« und Störung des öffentlichen Friedens,

denn Teilnehmer und Redner sind einschlägig vorbestraft und zugleich Wiederholungstäter. Nachkommen antifaschistischer Widerstandskämpfer wandten sich an Oberbürgermeister und Gemeinderat: »Wir sind Kinder bzw. Enkel von Widerstandskämpfern gegen die Nazis vor und nach 1933. ... Wir erwarten von der Stadt Karlsruhe, dass sie den Aufmarsch

der neuen Nazis am 3. Juni 2017 verbietet ... Das ist die Stadt Karlsruhe allen Widerstandskämpfern, auch unseren Angehörigen, schuldig«.

Stadt und Polizeipräsidium aber schrieben im Vorfeld in einem gemeinsamen offenen Brief, dass aus ihrer Sicht Nazis ein verfassungsmäßiges Recht auf ihre Propaganda hätten. Ein Verbot komme daher nicht in Frage.

Nach Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup (SPD) habe Karlsruhe den faschistischen Aufmarsch »hinnehmen« müssen (Stadtzeitung, 02.06.2017).

Von der Kundgebungsbühne der Stadt kamen am 3. Juni 2017 verbale Distanzierungen von mutmaßlichen linken »Gewalttätern«. Diese Spaltung des Protests folgte der sogenannten »Extremismustheorie«. Damit wurde das von 154 Organisationen nachdrücklich erklärte Ziel des Verhinderns delegitimiert und mit Verweis auf eine mutmaßliche »Gewaltbereitschaft« kriminalisiert.

Der Naziaufmarsch wurde von einem Großaufgebot an Einsatzkräften gewährleistet, wie ihn Baden-Württemberg seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat. Zur Demo des DGB konnten zwar 4.000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen mobilisiert

Redaktion dieser Seite: Dieter Lachenmayer, VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V. Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart, tel 0711 603237, fax 0711 600718

werden, das waren genug, um den Naziaufmarsch zu verhindern, sie nahmen aber eine parallele Route außer Hör- und Sichtweite der Nazis. Auf der anderen Seite der Naziroute wurde regelrecht Jagd gemacht auf junge Antifaschistinnen und Antifaschisten. Augenzeugen berichten

von Prügelorgien und grundloser Gewalt von Seiten der Polizei.

Mit diesem sogenannten »Tag der deutschen Zukunft« hat die Partei »Die Rechte« ihre Strukturen im Süden der Bundesrepublik gestärkt. Die Spaltung der antifaschistischen

Gegenbewegung und die reine Symbolhaftigkeit der »bürgerlichen Mitte« machte den Nazis den Weg frei. Wie schon das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zeigte, werden rechte Strukturen geschont, ihnen Freiräume gewährt, damit sie bei Bedarf erneut – wie schon im »Dritten Reich« – zur terroristischen Durchsetzung ökonomischer Interessen zur Verfügung stehen könnten.

VVN-BdA KV Karlsruhe



Viele Anwohner und Anwohnerinnen unterstützten die Proteste



70 Jahre VVN

Vor 70 Jahren wurde die VVN in Baden-Württemberg gleich dreimal gegründet – in jedem der drei Länder, die durch die Aufteilung der Besatzungsmächte zunächst entstanden waren: In Stuttgart für Württemberg-Baden, in Tübingen für Südwürttemberg-Hohenzollern und in Freiburg für Südbaden. In jeder der drei Städte wollen wir in diesem Jahr unsere Gründungstage feiern.

Die erste Veranstaltung wird in Stuttgart stattfinden, und zwar in demselben Saal, in dem die VVN 1947 gegründet wurde. Aus dem damaligen Gasthaus »Rebstöckle« ist heute das »Linke Zentrum Lilo

Herrmann« geworden, benannt nach der Stuttgarter Widerstandskämpferin, die 1938 von den Nazis hingerichtet wurde.

Herzliche Einladung zur Matinee am Sonntag, den 3. September 2017, 11 bis 14 Uhr, »Linkes Zentrum Lilo Herrmann« Böblinger Str. 105 Stuttgart-Heslach (Stadtbahnlinien 1 und 14, Erwin-Schoettle-Platz)

Wichtiger Hinweis: Der in den antifa nachrichten angegebene Termin (10.9.) wurde geändert!

Antifaschistische Beiträge – mit einem breiten Veranstalter- und Unterstützerkreis

Auch wir sind auf der documenta 14

Wenn über eine Million Besucher aus dem In- und Ausland nach Kassel zur internationalen Kunstausstellung documenta 14 kommen, dann wollen antifaschistische und demokratische Organisationen nicht tatenlos beiseite stehen. Und so gibt es im Zusammenhang mit der hundert Tage dauernden documenta viele beeindruckende Aktionen, Präsentationen und Angebote aus anti-faschistischer Perspektive.

Schon am Eröffnungswochenende haben der Arbeitskreis Distomo, die Documenta-Griechenland-Gruppe und die FIR unter dem Motto »Von Athen lernen« eine Kundgebung im Gedenken an die Opfer des SS-Massakers von Distomo organisiert. Mit großformatigen Schildern wurde auf die Vielzahl von Orten hingewiesen, an denen die deutsche Wehrmacht vergleichbare Massaker angerichtet hat. Es sprach Argyris Sfountouris, der als Kind das Massaker überlebte. Gleichzeitig wurde auf die unbeglichene Schuld, die fehlende

Entschädigung der deutschen Regierung gegenüber Griechenland hingewiesen.

Eine andere Perspektive der Erinnerungsarbeit fand am 12. Juni statt, als Auszubildende des VW-Werkes gemeinsam mit dem Internationalen Auschwitz-Komitee und der Stadt Kassel ein Kunstwerk, das an das Nazi-Motto »Arbeit macht frei« über dem Eingangstor von Auschwitz erinnert, enthüllten. An dieser Veranstaltung nahmen auch zwei Vertreter des Exekutiv Ausschusses der FIR teil.

Die Documenta-Griechenland-Gruppe veranstaltet, mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen, vier Vorträge zu Besatzungspolitik, Widerstand damals und Widerstand in Griechenland heute.

Das umfangreichste Angebot bietet das Projekt »Preserving memories – Bewahrung der Erinnerungen«, getragen von FIR, VHS, Stadt und Landkreis Kassel, mit der Ausstellung »Europäischer Widerstand gegen den Nazismus«.

Ein breites gesellschaftliches Bündnis von antifaschistischen Organisationen, von DGB, Friedensforum, Kasseler Jugendring, Sarah Nussbaum Zentrum der jüdischen Gemeinde bis zu den Kirchen unterstützt dieses Angebot, das in den ersten Wochen in der Herderschule Kassel, dann im DGB-Gewerkschaftshaus und ab Mitte Juli im Landkreishaus (VHS) präsentiert wird.

Redaktion: P. C. Walther,
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt
a. Main, Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband!

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02

Zur Eröffnung sprachen neben einer Vertreterin der Stadt Kassel und des künstlerischen Teams der documenta 14 auch Christos Tzintsilonis (PEAEA, Widerstandskämpfer und Historiker, Vizepräsident der FIR). Ende Juni fand ein Zeitzeugengespräch mit dem ehemaligen Häftling des KZ Buchenwald Günter Pappenheim ebenfalls in der Herderschule statt. Max van den Berg (Niederlande), Ilja Kremer (Russland), Pavel Vransky (Tschechische Republik) und Giacomo Notari (Italien) sind als weitere Zeitzeugen vorgesehen. Lesungen aus Erinnerungen von Widerstandskämpfern runden das engagierte Programm ab. **Ulrich Schneider**

Ein VVN-Projekt: die Anti-AfD-Ausstellung

Überall großes Interesse

Die gegen die AfD gerichtete Ausstellung der VVN-BdA mit dem Titel »Der Arm der Bewegung – Die ‚Alternative für Deutschland‘« befasst sich auf elf Tafeln (Roll-Ups) mit den Kräften, den Methoden, dem Inhalt und den Hintergründen des Auftretens und der Politik der »Alternative für Deutschland«.

Die Bilder und Texte machen deutlich, dass sich mit der AfD eine vielgestaltige völkisch-nationalistische Bewegung ausbreitet, die Gegenwehr und Gegenbewegung erforderlich macht, um Demokratie, Freiheit und Menschenwürde zu sichern.

Die Ausstellung ist in Südhessen bereits an mehreren Orten gezeigt worden. Das geschah vorwiegend in Verbindung mit Protestaktionen gegen AfD-Auftritte, so z. B. auf dem Marktplatz und vor dem Rathaus in Kelkheim (siehe Foto) und in Hofheim, ebenso aber auch bei Veranstaltungen wie der Ostermarschkundgebung und der 1.-Mai-Kundgebung des DGB auf dem Frankfurter Römerberg. Die Ausstellung stieß dabei überall auf erhebliches Interesse.

Die hessische VVN-BdA verfügt über ein Exemplar der Ausstellung, das auch ausgeliehen werden kann. Nachfragen bitte an den Landesverband richten. E-Mail-Adresse:

hessen@vvn-bda.de oder per Post oder Telefon (siehe Impressum).

Ebenfalls ausgeliehen werden kann unsere Ausstellung von Porträts hessischer Gründerinnen und Gründern der VVN, die wir anlässlich des 70. Jahrestages der VVN-Gründung erstellt haben.



Die Anti-AfD-Ausstellung der VVN-BdA – hier bei der Protestkundgebung gegen einen AfD-Auftritt in Kelkheim/Taunus. Foto: N. Birkwald

Am 1. Oktober im Club Voltaire antifa-Erzählcafé »Kalter Krieg«

Zwei antifaschistisch engagierte Frankfurter, in der Zeit der Naziherrschaft und des Krieges aufgewachsen, begannen in der Nachkriegszeit politisch aktiv zu werden. Über das, was sie damals taten und erlebten, als Linke in der Zeit des »Kalten Krieges«, erzählen Hermann Krüger und Peter Christian Walther in der Reihe »antifa-Erzählcafé« am Sonntag, dem 1. Oktober, ab 11.00 Uhr im Frankfurter Club Voltaire (Kleine Hochstr. 5).

Unter der Anteilnahme von Angehörigen: 110 neue Stolpersteine

In Frankfurt am Main sind im Juni rund 110 neue »Stolpersteine« verlegt worden.

Die meisten erinnern an jüdische Opfer der Naziherrschaft. Ein Stein wurde für ein Opfer der Nazi-Euthanasie verlegt. Erstmals erinnern zwei Steine an als »asozial« stigmatisierte Opfer. Neun Steine erinnern an Opfer des politischen

Widerstandes aus KPD und SAP und vier an »Zeugen Jehovas«.

Rund 80 Nachkommen und Angehörige der Opfer kamen zu den Verlegungen nach Frankfurt, jeweils rund 30 aus Israel und den USA; weitere aus Belgien, England, Italien, Mexiko und Norwegen sowie aus zahlreichen Städten in Deutschland.

Mit der »Initiative Stolpersteine Frankfurt am Main e. V.« arbeitet in der Mainmetropole eine besonders aktive Initiative. Bisher wurden in Frankfurt bereits 1.126 Stolpersteine verlegt. Alle sind durch Patenschaften finanziert. (Näheres bei www.stolpersteine-frankfurt.de).

Tag der Befreiung in Peine

Eine Tür für eine bessere Zukunft

Des Tages der Befreiung am 8. Mai wurde auch in diesem Jahr am Ehrenmal der VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten im Peiner Herzberg gedacht. Bemerkenswert war, dass Schülerinnen und Schüler der Bodenstedt-/Wilhelmschule und zwei Auszubildende ihre Gedanken zu diesem besonderen Tag äußerten.

In seiner Begrüßung freute sich VVN-BdA-Kreisvorsitzender Peter Baumeister, dass es breiten Protest gegen eine Kundgebung der Jugendorganisation der AfD Anfang April gegeben hatte. Als negatives Beispiel führte er an, dass im Nachbarbereich Gifhorn der Kandidat der CDU für den ersten Kreisrat mit den Stimmen der AfD gewählt wurde. Das sei ein schleichender Prozess, die AfD erlange so den Status einer normalen Partei.

Der stellvertretende Landrat Matthias Möhle (MdL, SPD) stellte in seinem Grußwort klar, dass der 8. Mai »eine Tür für eine andere, eine bessere Zukunft« geöffnet hat. Weiter führte er aus: »Konnte Deutschland, das den Krieg verursacht hatte, konnte Deutschland, das mit dem Holocaust unvorstellbares Leid über die Menschen gebracht und einen nie dagewesenen Zivilisationsbruch begangen hatte, konnte dieses Deutschland auf Unterstützung beim



Auszubildende stellten Ergebnisse ihrer Workshops zum Thema »Zwangsarbeit« vor. Foto: Olaf Ackermann-Lahmann

Aufbau hoffen?« Auch Matthias Möhle erinnerte daran, dass Peine die richtige Antwort auf einen Aufmarsch der Jugendorganisation der AfD gefunden hatte, und forderte dazu

auf, immer wieder »gegen Rassismus und Antisemitismus aufzustehen«.

Eindrucksvoll war der Beitrag der Schülerinnen und Schüler der Bodenstedt-/Wilhelmschule, die

nach dem Song von Majoe »Fallschirm« ihre Gedanken und Gefühle zum Ausdruck brachten. Dabei hatten sie sich mit Symbolen der Nazis gekennzeichnet, auch die Flaggen der teilnehmenden Länder spielten eine Rolle. Zum Schluss wurden Mauern zum Einstürzen gebracht.

Auszubildende hatten sich in einem Workshop mit dem Thema »Zwangsarbeit« in ihrem Betrieb beschäftigt, zwei von ihnen stellten die

Ergebnisse vor. Sie gaben Einblick in die Herkunftsländer und die Arbeitsbedingungen. In den kommenden Jahren sollen weitere Workshops folgen. Mit Antikriegsliedern umrahmte Klaus Perger die nachdenkswerte Veranstaltung, zum Abschluss legten Parteien, Verbände und Organisationen Kränze nieder.

Peter Baumeister

Abschied von einer unermüdlichen, fröhlichen Kämpferin aus Hannover Trauer um Compañera Mechthild Dortmund

1954 als Tochter eines Kleinbauern und überzeugten Nazis geboren, kam sie als Jugendliche in Kontakt mit der APO (Außerparlamentarischen Opposition) der 68er – der Beginn eines couragierten Lebens als Internationalistin.

Nach dem Studium arbeitete sie meist bei freien Trägern, später in Gesamtschulen als Sprachlehrerin. Seit dem Studium engagierte sie sich immer in der Frauenbewegung, wurde Antifaschistin, Antimilitaristin. Aus den sozialen Bewegungen Hannovers ist sie nicht wegzudenken.

Zwischen ihrem mutigen Einsatz für Exil-Chilenen und -Chileninnen in den 70er und 80er Jahren und ganz praktisch-politisch für und mit den Menschen aus dem Sudan im Flüchtlings-Protestcamp hat sie an vielen Stellen internationale Solidaritätsarbeit geleistet. Sie war wichtig, um den Widerstand der mexikanischen Conti-Arbeiter und -Arbeiterinnen gegen die Konzerninteressen in die Öffentlichkeit zu tragen.

Sie hatte Anteil am Bekanntmachen der Verbrechen der Fliegerhorst Wunstorf, von dessen Bomben auf Gernika, und sie war Motor für die gelebte Partnerschaft zwischen dem DGB-Chor Hannover und dem Chor Urdaibai Kantagunea

in Gernika. Als der baskische Chor von Mechthilds Tod erfuhr, hat er aus vielfacher Verbundenheit spontan ein Lied für sie gesungen.

Die Sprech- und Sprachbegabte gehörte zu den ersten bei radio flora. Sie machte nicht nur Interviews und dolmetschte, sie sorgte dafür, dass Ausgebeutete, Unterdrückte, Geflüchtete selbst ihre Stimme im Radio und gegenüber Behörden und Politik nutzen.

Schon als Lehrerin war ihr das Vermitteln des wahren Lebens und die Hilfe zur Selbsthilfe der Interessenwahrnehmung wichtiger als Lehrpläne. Sie engagierte sich mit ihren Schülerinnen und Schülern gegen die Zerschlagung der Integrierten Gesamtschulen und streikte bei Tarifunten notfalls auch allein an ihrer Schule.

Mit ihrer optimistischen und mitreißenden Haltung vermittelte sie vielen Menschen Freude am Widerstand gegen patriarchalische und andere Herrschaftsstrukturen und half, stabile feministische Netzwerke und alltagssolidarische



Foto: Radio Flora

Veranstaltungshinweis

10. September 2017, 15 Uhr, Gedenkstätte Ahlem, Heisterbergallee 10, 30453 Hannover

Im Schatten des Vergessens. Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und heimatlose Ausländer in Burgdorf 1939 – 1950. Buchvorstellung von Rudolf Bembeneck und Dieter Heun

Von der Würde von Frauen, Männern und Kindern, die nach Burgdorf verschleppt oder verschlagen wurden, handelt das Buch des Arbeitskreises Stadtgeschichte Burgdorf.

An ihr Schicksal soll erinnert, ihr Leben und Leiden gewürdigt und ihnen ein bleibender Ort im Gedächtnis der Stadt gegeben werden. Dieses Buch ruft ein Kapitel der Stadtgeschichte in Erinnerung, das weithin in Vergessenheit geraten ist. In den Jahren 1939 bis 1950 hat eine große Zahl von Männern, Frauen und Kindern als Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter oder heimatlose Ausländer in Burgdorf leben und arbeiten müssen. Viele von ihnen,

besonders die aus den Völkern Osteuropas, wurden aufgrund der nationalsozialistischen Ideologie als Menschen von geringerem Wert betrachtet und erniedrigend behandelt. Elementare Menschenrechte wurden ihnen vorenthalten und ihre Menschenwürde verletzt.

Veranstalter: Region Hannover, Gedenkstätte Ahlem

Dem Arbeitskreis Stadtgeschichte Burgdorf gehören an: Rudolf Bembeneck, Pastor i. R., Ralf Gräfenstein (Berlin), Diplom-Historiker, Dieter Heun, Ministerialrat a.D., Peter Pfeiffenbring, Diplom-Ingenieur, Heidi Rust, Lehrerin a.D., Harald Scherdin-Wendlandt (Berlin), Psychologischer Psychotherapeut, Dr. Tobias Teuber, Diplom-Kaufmann

Zusammenhänge zu schaffen. Die unermüdliche, fröhliche Kämpferin hat ihren Kampf gegen den Krebs verloren. Über 250 Freunde und Freundinnen, Mitstreiter und Mit-

streiterinnen nahmen am 13. Mai im unabhängigen jugendzentrum (ujz) in Hannover Abschied von Mechthild Dortmund.

Brunhild Müller-Reiß und Charly Braun

Festveranstaltung 70 Jahre VVN Niedersachsen in Hannover **Auschwitz-Überlebende als Ehrengäste**

Die Resonanz in den Kreisen war verhalten, deshalb hatte der SprecherInnenrat der Landesvereinigung lange gezögert, dieses Unternehmen überhaupt vorzubereiten. Doch es hat sich gelohnt!



Bundessprecherin Regina Girod hielt die Festrede.
Foto: J.Meinke/rwk

Theodor-Lessing-Preis geehrt. Der Kreisvorsitzende des DGB in der Region Hannover, Werner Preissner, sprach ein Grußwort, in dem er die gemeinsamen politischen Positionen wie auch seine besondere Verbundenheit mit Persönlichkeiten unserer Geschichte hervorhob. Auch in einem Grußwort der Roten Hilfe Hannover wurden die gemeinsamen Anliegen beider Organisationen betont.

Im Hauptreferat zeichnete Bundessprecherin Regina Girod die lange Geschichte der VVN Niedersachsen von den ersten Anfängen auf Ortsebene 1945 bis heute als überparteiliche Organisation nach. Sie schilderte aber auch die komplizierte Entwicklung der antifaschistischen Organisationen im »Osten« bis zur Gründung einer einheitlichen VVN-BdA. Für die weitere Arbeit und die Zukunftsperspektiven verwies sie auf das Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« und präsentierte den Aktionssack der Bundesorganisation als Instrument, um den drohenden Einzug der AfD in den Bundestag zu behindern.

Über 70 Menschen – Mitglieder und Gäste – füllten den großen Saal im Freizeitheim Vahrenwald. Als besondere Ehrengäste konnten die beiden Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz Henry Korman (97) und Salomon Finkelstein (95) und unser

Ehrenmitglied Ruth Gröne (84) begrüßt werden. Alle drei wurden von der Region Hannover wegen ihrer Aufklärungsarbeit an den Schulen mit deren Ehrennadel ausgezeichnet und erst jüngst von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft mit dem

An alle Mitglieder und Kreise der VVN-BdA Niedersachsen:

Liebe Kameradinnen und Kameraden, der Landesvorstand hat am 18. Juni 2017 auf seiner Sitzung beschlossen, die 43. ordentliche Landesdelegiertenkonferenz zum 9. und 10. September 2017 einzuberufen.

Für den Landesvorstand:
Michael Rose-Gille

Den musikalischen Rahmen gestaltete Ramon's Gitarrenduo mit seiner mitreißenden Version des Gypsy-Jazz. Der Lyriker und Satiriker Thorsten Stelzner aus Braunschweig bot mit seinen Texten eine große »Schnittmenge« besonders zu den friedenspolitischen Positionen der VVN-BdA.

Ein reichliches Kuchenbuffet, bereitgestellt von eifrigen und bewährten Händen, stärkte die Anwesenden. Während eines abschließenden zwanglosen Gedankenaustausches lief eine Text-Bild-Folge zur Geschichte der Landesvereinigung.

Reinhold Weismann-Kieser

Sonja Barthel aus Lüneburg feierte 100. Geburtstag

Ein Leben lang gegen Faschismus und Krieg

Es war schon ein besonderes Ereignis, als Anfang April 160 Menschen in Lüneburg zusammenkamen, um den 100. Geburtstag von Sonja Barthel zu begehen. Seit 1949 ist die Jubilarin Mitglied der VVN-BdA, und das mit voller Überzeugung und immer noch mit großer Begeisterung.

Sie hat ein bewegtes Leben hinter sich, das durch die Zeit des Nationalsozialismus geprägt wird. Sonja Barthel, die jüdischer Abstammung ist, hat sich stets gegen Faschismus, Krieg und das Vergessen eingesetzt.

Bis kurz vor dem Abitur besucht Sonja Barthel Landerziehungsheime, doch das Abitur wird ihr in Nazi-Deutschland verwehrt, nachdem kurz zuvor die Nürnberger Rassegesetze erlassen werden. 1936 geht sie nach London, sie arbeitet als Au-pair. 1938 kommt sie nach Deutschland zurück. Ihre Eltern und



VVN-Mitglied Sonja Barthel feiert ihren 100. Geburtstag Foto: Peter Asmussen

Geschwister überlebten die braune Barbarei, andere Verwandte starben in Auschwitz und Theresienstadt. Sie sagt: »Ich habe Glück gehabt, es hat immer Menschen gegeben, die mir geholfen haben.«

Sonja Barthel studiert Pädagogik und wird Lehrerin in Lüneburg, später sogar Konrektorin. Sie ist engagiertes Mitglied der GEW und der lokalen Geschichtswerkstatt und gehört als SPD-Mitglied zehn Jahre dem Lüneburger Rat an. Ihre Devise: »Ich werde nie eine sein, die schweigt.« Und »Alles was Nazi ist, ist für mich Gift, und ich bin gegen Gift«.

Das Geburtstagskind spricht mehrere Fremdsprachen, darunter Esperanto. Sie bereist die Welt, kaum ein Kontinent wird ausgelassen.

Mit 90 Jahren ergreift sie das Wort gegen einen Aufmarsch der NPD. Sie sagt u.a.: »Faschismus, Rassismus und Antisemitismus sind keine Meinung, der Freiheit zugestanden werden darf. Es ist eine Schande für Deutschland, dass diese Partei und deren Kernpunkte neonazistischer Ideologie noch existieren können.

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für das MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.
Redaktion: Michael Rose-Gille
Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen.

Wir fordern das Verbot jeder Partei, die neonazistische Ideologie vertritt.« Noch im letzten Jahr sprach sie vor 500 Schülerinnen und Schülern.

Bei der Geburtstagsfeier wurde viel gelacht, in der Geschichte gekramt und Lieder wie »Bandiera Rossa«, das »Solidaritätslied« und die »Internationale« voller Begeisterung gesungen. Sonja Barthel wurde zum Ehrenmitglied ernannt. Ein Transparent mit den Worten »100 Jahre Sonja – Haltung zeigen gegen Faschismus und Krieg«, zierte den Raum.

Die antifaschistische Bewegung hat der unbeugsamen Kämpferin viel zu verdanken und hofft auf viele weitere gesunde Lebensjahre.

Peter Baumeister

Kundgebung der Flüchtlinge und Flüchtlingspaten gegen Abschiebungen

Dortmund: Stadtrat und Demos setzen Zeichen

Redaktion: Ulrich Sander, Landesbüro der VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Telefon: 0202 / 45 06 29, E-mail: nrw@vvn-bda.de; www.nrw.vvn-bda.de.
 Unser Spendenkonto: Postbank Essen, IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35

Donnerstag, der 1. Juni, war einer dieser Tage, wo die große Weltpolitik in die Lokalpolitik schwappt: Der verheerende Selbstmordanschlag in der afghanischen Hauptstadt Kabul hat die desolante Sicherheitslage des Landes wieder auf die Tagesordnung gebracht. Im Rathaus wird abstrakt über eine Resolution zur Aussetzung von Abschiebungen gestritten, und vor der Tür stehen Flüchtlingspaten, um eine Abschiebung des 25-jährigen Najib Mohammady aus Dortmund zu verhindern.

Najib ist seit Herbst 2015 in Deutschland. Gemeinsam mit seiner Familie floh er vor Angriffen der Taliban. Doch wie willkürlich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entscheidet, wird an seiner Familie deutlich: Während die Familie seiner Schwester als Flüchtlinge anerkannt wurde, wurde Najibs Asylantrag abgelehnt. Sein Vater – 83 Jahre alt – wird aus Altersgründen geduldet. Dabei hat der 25-Jährige sogar einen Ausbildungsplatz im Handwerk in Aussicht. Die Dortmunder Flüchtlingspaten setzen sich daher für ihn ein, haben die Kundgebung und einen Anwalt organisiert und eine Bleiberechtspetition gestartet.

Abschiebungsaussetzung gefordert

Daher hatten die Grünen wie auch die Fraktion der Linken und Piraten Resolutionen beziehungsweise Anträge in den Rat eingebracht, um Bund, Land und auch die eigene Stadtverwaltung aufzufordern, Abschiebungen nach Afghanistan auszusetzen. Zeitgleich zur Ratssitzung teilte die Bundesregierung mit, dass die Abschiebungen zunächst ausgesetzt seien. Entschieden erklärte Norbert Schilff (SPD-Fraktionsvorsitzender und VVN-BdA-Mitglied): »Afghanistan ist kein sicheres Herkunftsland und war nie ein sicheres Herkunftsland – und das seit Jahrzehnten.« Der

Rat stimmt der Forderung zu, keine Abschiebungen nach Afghanistan mehr zuzulassen.

Am Rande der Kundgebung vor dem Rathaus anlässlich der Ratsabstimmung baten die anwesenden afghanischen Menschen, eine Trauerfeier für die Opfer des Bombenanschlages in Kabul zu organisieren. Zuvor hatten die Flüchtlingspaten vor dem Rathaus etwa 100 Demonstranten und Demonstrantinnen mobilisiert, die ebenfalls einen Abschiebestopp nach Afghanistan gefordert hatten.

Weniger Erfolg hatten die Antifaschisten im benachbarten Bochum. Für die Bochumer SPD und CDU ist Afghanistan ein sicheres Herkunftsland. Der Antrag von linken Fraktionen und den Grünen wurde vom Bochumer Rat abgelehnt. In der vorhergehenden Sitzung verstieg sich der Bochumer Rechtsdezernent Sebastian Kopietz sogar zu der Auffassung, Anträge des Bochumer Rates zu diesem Thema seien juristisch nicht zulässig. Das Schweigen des Bochumer Rates und des Oberbürgermeisters in dieser Sache wird – wie auch von vielen Bochumer Bürgerinnen und Bürgern – von der Bochumer Linksfraktion und der Sozialen Liste im Rat mit Unverständnis aufgenommen.

NBI/U.S.

Nachbarschaftsfest als Bekenntnis

Gegen Sarrazin und Co.

Lesungen von Thilo Sarrazin sind in Düsseldorf regelmäßig von Protesten begleitet. Rund 200 Menschen kamen zum Nachbarschaftskonzert auf den Fürstenplatz. In einem feinen Lokal dort am Platz wollte Sarrazin sprechen.

Diesem werde es nicht gelingen, die gewachsene Nachbarschaft verschiedener Nationen und Kulturen auf und am Fürstenplatz kaputt

zu machen, so eine Organisatorin des Nachbarschaftsfestes. Sie berichtete, wie die Nachricht von der Lesung Sarrazins völlig fremde Menschen zusammengebracht habe. Mit großer Unterstützung von außen – Die Linke kümmerte sich ums Essen, Düsseldorf stellt sich quer unterstützte, die VVN-Bund der Antifaschisten stellte die Bühne fürs Nachbarschaftsfest.



Die Dortmunder Flüchtlingspaten hatten zur der Kundgebung vor dem Rathaus aufgerufen. Foto: Alex Völkel, www.nordstadtblogger.de

Nach Langenfeld und Monheim

Gedenkstättenfahrt

Die GEW, KV Mettmann, führte gemeinsam mit der VVN-BdA Niederberg eine antifaschistische Gedenkstättenfahrt nach Langenfeld und Monheim durch. In Langenfeld besuchte man neben der Wenzelbergsschlucht einen Ort antisemitischer Verfolgung (»Rassenschande«) und den Gedenkstein für die Euthanasieopfer in der LVR-Klinik mit ihrem engagierten Vorstandsvor-

sitzenden Höhmann. Dann ging es weiter nach Monheim zu ehemaligen Zwangsarbeiterunterkünften, dem Stolperstein für den im KZ Dachau umgekommenen Pfarrer Boehm und zur abschließenden Aussprache mit dem ehemaligen VHS-Leiter und Geschichtsforscher Dr. Hennen. Geleitet wurde diese Gedenkfahrt von GEW- und VVN-BdA-Mitglied Rainer Köster.

Der Militär-Tradition entgegentreten

Mit Reichpietsch und Köbis

Die VVN-BdA Köln hat jetzt die Forderung erneuert, eine politische Ehrung von Max Reichpietsch und Albin Köbis auf dem städtischen Gelände der Stadt Köln (innerhalb der Kaserne Köln-Wahn) vorzunehmen.

»Den Justizmord an den beiden Marinesoldaten, vollzogen am 5. September 1917 in Köln Porz-Wahn, erneut anzugreifen und das Unrechtsurteil öffentlich gründlich aufzudecken, ist gerade heute im Zusammenhang des Traditionsverständnisses der Bundeswehr und der weiteren Aufrüstung notwendig«, erklärte sie. Gefordert wurde, den Zugang zum Kölner Stadtgelände, auf dem sich die Gräber der beiden

Erschossenen befinden, nicht länger durch die Bundeswehr zu beschränken. Am 4. September 2017 hält Christoph Regulski im Kölner Friedensbildungswerk unter dem Titel »Der Matrosenaufstand 1917 – Das Schicksal von Max Reichpietsch und Albin Köbis« einen Vortrag zum Justizmord an den Matrosen. Die Ehrung der Ermordeten an ihren Gräbern findet am 5. September 2017 statt. **G.B.**

Neues Buch der »Kinder des Widerstandes« **Schicksale aus dem Bergischen Land**

Zwei Jahre nach dem Erscheinen des ersten Bandes berichten jetzt zehn Kinder bzw. Enkel von Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern aus dem Bergischen Land von dem Mut der Widerstandskämpfer und ihrer qualvollen Verfolgung in der Zeit des Faschismus, aber auch von den antikommunistischen Repressionen in der Zeit danach – illustriert mit Fotos und Dokumenten, die allein schon außerordentlich interessant sind.

Wer einmal mit dem Lesen beginnt, legt dieses Buch nicht so schnell aus der Hand. Sehr hilfreich sind die Erläuterungen und Informationen, so dass Leser ohne Vorkenntnisse einen fundierten Einstieg in das Thema erhalten. Darüberhinaus – und das ist das Einzigartige dieser Reihe – werden die Gefühle, Erfahrungen und Reaktionen auf das Erlebte der nachfolgenden Generationen sehr eindrucksvoll und bewegend artikuliert.

Inge Krämer z. B. beschreibt eindrücklich den Besuch bei ihrem Vater im Gefängnis. Die Mutter hatte keine Mühen gescheut, den in der ganzen Familie beliebten Sonntagskuchen dem Vater ins Gefängnis zu bringen, der dann vor den Augen der Mutter und der kleinen Tochter, die die mühseligen



Emil Löhde



Foto und Stolperstein von Emil Löhde, eines der Opfer, die gewürdigt werden. Fotos: jovofoto

Vorbereitungen mitbekommen hatte, von dem Gefängnisbeamten regelrecht zu einem Krümelhaufen zerhackt wurde: Es könnte sich ja in diesem Kuchen ein Kasserolchen verbergen. Auch die Kragen der Hemden werden unter demselben Vorwand

abgerissen – sehr viele wird die Familie davon nicht besessen haben.

Martina Bötig leitet ihren Beitrag ein mit der Frage: Kann man einen Menschen lieben, den man gar nicht gekannt hat? Das geht, denn ihre Mutter und ihre Großmutter hatten ihr sehr viel erzählt von ihrem tapferen Großvater, der von den Nazis derart

gequält wurde, dass er bereits Anfang der 50er Jahre gestorben war. In den Familien – oft im Unterschied zur Öffentlichkeit – wird das Andenken an die mutigen Antifaschisten sehr hoch gehalten und ist prägend für die folgenden Generationen, die Antifaschismus als ihre ureigene Aufgabe betrachten.



Von Verbitterung – wie es im Grußwort von Tim Kurzbach, Oberbürgermeister von Solingen, heißt – ist nicht viel zu finden, wohl aber berechtigte Empörung darüber, dass die Verfolgung von Kommunisten in den 50er Jahren wieder aufgenommen wurde.

Diese außerordentlich lesenswerte und lehrreiche Broschüre ist bei der Gruppe »Kinder des Widerstandes« c/o VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, gegen eine zweckgebundene Spende in Höhe von fünf Euro zu bestellen.

Gisela Blomberg

Kontoverbindung: IBAN: DE03 3601 0043 0028 2124 35, BIC: PBNKDEFF, Verwendungszweck: KdW-Broschüre-BL

Nach dem Ostermarsch geht es im Herbst wieder gegen die NATO

Ein Atomkrieg – das Ende der Zivilisation

Die Friedensversammlung Rhein-Ruhr tagte Ende Mai in Bochum-Bahnhof Langendreer. Die Ostermärsche wurden als positiv bewertet, vor allem, weil die Medien sachlicher berichteten als früher.

Ein Teilnehmer sagte dazu: »Die bekommen es wohl auch mit der Angst zu tun darüber, dass ein unberechenbarer Donald Trump nun über die NATO herrscht und über Atomwaffen in Deutschland sowie über Stützpunkte in NRW.« Es lag der Vorschlag vor, der angenommen wurde und besagt: »Wir rufen alle friedensbewegten Bürger/-innen auf: Demonstrieren Sie mit der Friedensbewegung am 3. Oktober in Kalkar gegen die Luftleitzentrale für den High-Tech-Krieg und am 7. Oktober gegen die »Abschreckungs-Konferenz der NATO-Militärs in der Messe Essen!«

Die Demo wird am 7. Oktober an dem Schild zur Erinnerung an Philipp Müller (von der Polizei 1952 erschossen) beginnen, auf einer Brücke, die

nach Meinung der Friedensleute nach dem ersten Todesopfer bei Antikriegsaktionen benannt werden sollte. Bereits zum Nationalfeiertag am 3. Oktober findet die Aktion in Kalkar statt. Am 3. Oktober 1990 war im Einheitsvertrag das Bestreben bekundet worden, »einen Beitrag zur Einigung Europas und zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung zu leisten«.

Worum geht es?

Die Luftleitzentrale Kalkar/Uedem ist für die Steuerung von NATO-Luftkriegshandlungen von Nordafrika bis zum Golf und zur Ukraine zuständig. Sie ist Drehkreuz für die NATO-Kriege unserer Zeit. Und sie

ist das Joint Air Power Competence Centre (JAPCC), das Kompetenzzentrum für Lufteinsätze der NATO, die Denkfabrik des Atomkrieges. Dieses JAPCC führt Mitte Oktober 2017 in der Messe Essen eine Konferenz zur »Abschreckung« durch. Finanziert wird die Tagung u.a. von

mandeur und Direktor in Ramstein und Kalkar war, sagte im Februar 2016 im US-Repräsentantenhaus: »Die USA sind bereit, gegen Russland in Europa zu kämpfen und es zu besiegen.« Ein solcher Krieg wäre das Ende der Zivilisation. Die NATO rüstet aktuell massiv auf, um, wie es heißt, Russland abzuschrecken.

Es gab auch kritische Anmerkungen zum Ostermarsch. So zum Auftreten der MLPD, die sich nicht als Bündnispartner benahm, sondern versuchte, den Ostermarsch für ihren Wahlkampf umzufunktionieren. Zudem gab es Kritik an der Polizei, die zugesagt hatte, keine Nazis in die Demo zu lassen und die sich dann nicht daran hielt. Dass es nicht gelungen ist, die Friedenthematik in den Landtagswahlkampf zu tragen, wurde ebenfalls bedauert.

Ulrich Sander



Ausgehend von der Gedenktafel für Philipp Müller, erschossen 1952 in Essen, geht die Demo am 7. Oktober von der Brücke Rütterschneider Str. zur Innenstadt Foto: B. Trautvetter

US-Rüstungs-Konzernen.US-General Philipp Breedlove, der bereits Kom-

Bewegendes Gedenken an die Vernichtung des Dorfes Lidice in Tschechien

Sächsische VVN-BdA ehrt die Opfer

Vor 75 Jahren, am 9. und 10. Juni 1942, wurde ein grausames Massaker an den Einwohnern von Lidice verübt – als sogenannte »Vergeltungsmaßnahme« für das Attentat vom 27. Mai 1942 in Prag auf Reinhard Heydrich, den stellvertretenden Reichsprotektor von Böhmen und Mähren und Leiter der »Wannseekonferenz«. Da Beteiligte am Attentat in Lidice vermutet wurden, befahl Hitler, das Dorf dem Erdboden gleichzumachen.



Bernd Anger und Regina Elsner beim Gedenken für die ermordeten Bürger von Lidice.

Gestapo, SD, Schutzpolizei unter einem Kommando von SS-Offizieren trieben die Dorfbewohner zusammen.

Die etwa 500 Einwohner des Dorfes wurden erschossen, verschleppt, vergast, ermordet; Männer und

Frauen, alte und junge Menschen. Allein 105 Kinder aus Lidice fielen dem faschistischen Wüten zum Opfer.

Einige Einwohner konnten heimkehren, doch ihr Dorf war vollkommen zerstört. Ihren Schmerz über die verlorene Heimat konnten sie nie verwinden, obwohl der Ort nur ein paar hundert Meter weiter neu errichtet worden ist.

Die seit vielen Jahrzehnten bestehende Gedenkstätte wurde ab dem Jahr 2000 umfassend renoviert. Es kam unter anderem hinzu eine von der Bildhauerin Marie Uchytílová anhand von Fotos geschaffene Bronzegruppe, die aus 82 Personen besteht und an das Schicksal der verschleppten und ermordeten Kinder aus Lidice erinnert.

In einer feierlichen, bewegenden Gedenkveranstaltung wurde des grausamen und unvergessenen Schicksals der Menschen und ihres Heimatortes gedacht. Eine Ehrenformation der tschechischen Armee begleitete die Niederlegung der vielen Kränze und Blumengebinde am Grab

V.i.S.d.P. Peter Giersich Redaktion:

Landesverband Sachsen des VVN-BdA,

Strehleener Straße 14, 01069 Dresden, Tel.

0351/ 4901903 E-Mail: vvn-bda-sachsen@online.de

oder vvn-vogtland@t-online.de

Spenden: BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE90 8508

0000 0528 2111 02

der Männer. Den musikalischen Rahmen gestalteten zum Abschluss der Feierlichkeiten Kinderchöre aus 14 Regionen der Tschechischen Republik. Wir nahmen ein optimistisches, zukunftsgerichtetes Bild mit nach Hause.

Für die Fahrt zur Gedenkveranstaltung im Rahmen eines Staatsaktes des Zentralkomitees des SBS hatten AKuBiZ Pirna, die Linke und die VVN-BdA Sachsen interessierte Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Das Interesse und die Beteiligung waren groß. Für den VVN-BdA-Landesverband legten Regina Elsner, Erste Sprecherin des Landesvorstandes, und Bernd Anger, Vorsitzender der VVN-BdA Sächsische Schweiz, ein Gebinde nieder.

Christine Anger, Pirna

Zum 10. Mal: Auf den Spuren der Roten Bergsteiger

Unterwegs in der Sächsischen Schweiz

Mitte Mai waren wir bereits zum zehnten Mal auf den Spuren der Roten Bergsteiger in der Sächsischen Schweiz/Osterzgebirge unterwegs. Führten uns die Jahre zuvor die Wanderungen rund um Sebnitz und in den Schluckenauer Zipfel oder in die hintere Sächsische Schweiz, war dieses Mal die Region rund um Altenberg das Ziel der 50 Teilnehmenden.

Im Einführungsvortrag am Freitag berichtete Roland Hering über seinen Vater Arno Hering, der zusammen mit anderen aktiven Kommunisten (z.B. Arthur Thiermann, ebenfalls aus Struppen) eine illegale Fluchthilfe- und Kuriergruppe, die sich vor allem um das Volkshaus in Tisa konzentrierte, organisierte. Arno Hering musste später in die ČSR emigrieren und schloss sich 1938 den Internationalen Brigaden in Spanien an, um auf Seiten der Republik gegen den Franco-Faschismus zu kämpfen. Nach zwei Jahren Internierung in Frankreich wurde Arno Hering 1941 nach Deutschland ausgeliefert und im November

1942 vom Volksgerichtshof zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Er erlebte die Befreiung 1945 im Zuchthaus Straubing. Unmittelbar danach kehrte er nach Struppen zurück und reorganisierte dort, ohne Genehmigung der sowjetischen Besatzung, die Ortsgruppe der KPD. Im Juli übernahm er die politische Leitung des KPD-Unterbezirks Pirna.

Am Samstag führte uns die erste Wanderung rund um Altenberg an den Galgenteichen vorbei, über den Pöbelknochen zum Kahleberg. Der größere Teil der Gruppe besuchte noch das Georgenfelder Hochmoor, und gemeinsam ging es die Schneise 31 zurück. Am Gedenkstein für

die drei am 4. Juli 1935 ermordeten Antifaschisten Walter »Florian« Richter, Max Niklas und Arthur Thiermann erinnern wir an diese.

Vier Antifaschisten waren während eines Literaturschmuggels in einen Hinterhalt gelockt worden, wo die Gestapo das Feuer eröffnete. Nur Johannes Müller konnte in die ČSR fliehen, die anderen drei wurden ermordet. Im Bericht der Gestapo heißt es dazu: »Durch Vermittlung eines Vertrauensmannes war es den Beamten des Polizeipräsidiums Dresden gelungen, im Staatsforstrevier Hirschsprung-Altenberg einen Treff mit deutschen Kommunisten, die sich in der Tschechoslowakei als Emigranten aufhielten, zustande zu bringen.« Die Antifaschisten reagierten auf die Ereignisse an der Schneise 31 mit größter Besorgnis. So schrieb die AIZ Nr. 37 vom 12. September 1935: »Gegen die



braunen Menschenräuber muß sich ein Sturm der Empörung erheben. Die Wachsamkeit aller Antifaschisten muß verstärkt, die breiteste Abwehrfront gegen alle braune Provokation, gegen Spitzel- und Menschenraub-Methoden der Gestapo geschaffen werden.« Doch der Verräter wurde nie zur Verantwortung gezogen, andere zu Unrecht verurteilt. Die drei »proletarischen Helden« blieben für lange Zeit in Erinnerung. Angehörige stellten nach dem Zweiten Weltkrieg eine Gedenkstele an der Schneise 31 zwischen Altenberg und Schellerhau auf, die später durch einen großen Gedenkstein ersetzt wurde.

Ina, Sven und Steffen vom AKuBiZ Pirna